

Dokumentation des Hearings zur möglichen Einrichtung einer kommunalen Seniorenvertretung

am 26.09.05 in Münster, Rathaus-Festsaal, 19.00 – 21.45 Uhr

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:

Meine Damen und Herren,
ich darf Sie alle ganz herzlich heute Abend im Rathausfestsaal begrüßen. Ich danke für Ihr zahlreiches Erscheinen und für das außerordentlich große Interesse. Wir haben heute Abend eine wichtige Fragestellung zu klären, zumindest einen Schritt dahin zu tun, dass sie geklärt werden kann, nämlich die Frage der Einrichtung einer kommunalen Seniorenvertretung mit einer eigenständigen Legitimationsbasis (wenn Sie mir diesen theoretischen Begriff erlauben) und einem bestimmten Zugang auch zu den Beratungsprozessen des Rates und seiner Gremien.

Ich begrüße ganz besonders herzlich natürlich Sie alle, die Sie heute Abend aus der Bürgerschaft hergekommen sind, um diese zwei Stunden, die wir uns heute Zeit nehmen wollen, mit uns hier im Rathaus zu verbringen.

Ich begrüße aber nicht minder herzlich alle Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalpolitik, der Fraktionen des Rates, der Vertreterinnen und Vertreter aus den Bezirksvertretungen, der Ausschüsse, ich begrüße auch den Vorsitzenden des Ausländerbeirates. Wir haben auch einige Vertreter aus der Verwaltung, vor allem aus den beteiligten Fachbereichen hier unter uns, ebenso wie auch Vertreterinnen und Vertreter der Seniorenorganisationen selbst. Und last but not least, Herr Diekel, begrüße ich natürlich mit Ihnen gemeinsam alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter des sogenannten „Runden Tisches“.

Einige Damen und Herren hatten einen etwas weiteren Weg, das sind die Damen und Herren, die hier links und rechts von mir sitzen und die Ihnen und uns gleich als sachkundige Diskussionspartner zur Verfügung stehen.

Ich darf begrüßen Frau Professor Dr. Christiane Rohleder von der katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster.

Ich begrüße Frau Barbara Eifert vom Institut für Gerontologie aus Dortmund.

Ich begrüße Frau Ruth Hunecke, die stellvertretende Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen und gleichzeitig auch gewähltes Mitglied der Seniorenvertretung unserer schönen Nachbarstadt Bielefeld ist.

Ich begrüße als alten Bekannten und Mitsauerländer, wenn ich das so sagen darf, Herrn Bürgermeister Hans-Josef Vogel aus Arnsberg.

Ich begrüße zum Schluss, aber ganz besonders herzlich auch Sie, Herr Diekel, als Sprecher des Runden Tisches für Seniorinnen und Senioren in Münster, denn dies sind diejenigen, die im Wesentlichen das Anliegen formuliert haben, um das es auch heute Abend geht.

Meine Damen und Herren, ich will versuchen, Sie und uns alle möglichst neutral (denn ich bin heute ja Moderator des Abends) so schnell es geht, in die wichtigsten Facetten des Themas einzuführen, um das es heute geht. Es geht um die Klärung des Antragsanliegens des Runden Tisches und auch einzelner Ratsfraktionen, eine demokratisch legitimierte Seniorenvertretung zu schaffen, die die Belange der Seniorengeneration aufnimmt, bündelt und diese Belange auch in den Prozess der kommunalpolitischen Willensbildung transportiert, also in den Rat, in die Verwaltung und in die Ausschüsse.

Dazu gibt es unterschiedliche Einschätzungen im Rat, aber Übereinkunft dahingehend, dass die abschließende Willensbildung nicht durch schlichtes Handheben, sondern durch ein Hearing, also durch die heutige Veranstaltung, fundiert werden sollte.

Ganz kurz etwas zur Chronologie: Es gibt in Münster natürlich seit vielen Jahren und Jahrzehnten eine Vielzahl von Seniorengruppen, -Clubs, -Trägern, die sich mit Senioren gemeinsam für Belange von Senioren einsetzen. Es gibt auch seit den 80er Jahren einen sogenannten Seniorenrat, der allerdings die Rechtsstruktur eines eingetragenen Vereins hat, der seinerzeit in den 80er Jahren gebildet worden ist, auch durchaus den Anspruch hatte, Belange der Senioren zu bündeln, aber eben bislang keine klassische demokratische Legitimation, z.B. über eine Urwahl aufweisen konnte. Und dieses Tätigkeitsmuster des Seniorenrates, darüber sind wir uns einig, unbeschadet der von ihm in den ganzen Jahren sicherlich sehr verdienstvollen Arbeit, steht heute Abend zur Debatte.

Seit 2003 gibt es nun systematische Überlegungen und Forderungen, die in Richtung einer kommunalen Seniorenvertretung mit demokratischer Legitimation gehen, möglichst im Ergebnis und langfristig betrachtet durch Urwahl legitimiert. Solange das allerdings noch nicht geht, zunächst auch durch Delegiertenwahl.

Die Willensbildung, meine Damen und Herren im Rat, zwischen den Ratsfraktionen hat sich in den letzten Monaten, auch im letzten Jahr, etwas schwierig gestaltet. Dabei lege ich großen Wert auf die Feststellung, dass Sie bitte nicht den falschen Eindruck bekommen, der Rat hätte in irgendeiner Weise aus machtpolitischen oder sonstigen Gründen etwas gegen eine Seniorenvertretung, sondern wir neigen manchmal dazu, (Hans-Josef Vogel weiß das und er hat daran früher in seiner Funktion als Referent beim Stadtdirektor Janssen auch mitgearbeitet), dass wir hier und da tatsächlich solche Fragen auch etwas grundsätzlich diskutieren. Und diese Grundsatzdiskussion, will ich mal sagen, geht etwa um folgende Punkte:

Es geht darum, jenseits der Wertschätzung der Seniorengeneration – um die Frage, ob und inwieweit die Einrichtung einer demokratisch legitimierten Seniorenvertretung, die sich dann auch systematisch gegenüber dem Rat und den Ausschüssen verhalten kann, ob eine solche Vertretung nicht so etwas wie eine gewisse Gruppendominanz innerhalb der Bürgerschaft bekommt – was die Stellung gegenüber dem Rat betrifft – ob damit nicht auch der Gesamtvertretungsanspruch des Rates in die Schieflage gerät, ob und inwieweit wir richtig beraten sind, eine Seniorenvertretung gerade vor dem Hintergrund unserer demographischen Probleme zu bilden und damit die Definition von kommunalen Problemen aus der Sicht von Senioren noch verstärken. Es geht um die Frage der intergenerativen Gerechtigkeit, also wie ist das mit Kindern, mit Jugendlichen, mit jungen Familien versus ältere Mitbürger.

All das ist aber jetzt bitte nicht als Kampfansage zu verstehen, das sind ehrliche Anliegen des Rates, die er auch diskutieren muss. Denn wenn wir hinterher zu dem Ergebnis kommen, wir wollen eine Seniorenvertretung, dann wissen wir nicht nur, dass wir eine kriegen, dann wissen wir auch, warum wir eine wollen. Und das ist ein wichtiger Punkt, der dazu gehört.

Es gab in den vergangenen Monaten dreimal den Versuch, eine Seniorenvertretung zu schaffen, die durch eine Urwahl gebildet werden sollte, weil sich dreimal eine allgemeine Wahl in den letzten Monaten oder in den letzten anderthalb Jahren ergeben hat; nämlich bei der Kommunalwahl, bei der Landtagswahl und bei der Bundestagswahl, bei der wir eigentlich davon ausgegangen waren, sie würde erst im nächsten Jahr stattfinden. Das ist jetzt natürlich erledigt. Insofern hat jetzt der Runde Tisch, Herr Diekel, gesagt, „ja wir bleiben bei dem Ziel der Urwahl, aber wir würden einfach aus pragmatischen Gründen für den Beginn auch eine Delegiertenwahl favorisieren“. Das ist, glaube ich, im Moment die fachliche Debatte, die dahinter steckt.

Die Willensbildung, das sage ich jetzt vor allem auch für unsere Gäste hier auf dem Podium, wollen wir im Rat bis Ende des Jahres beenden, so dass wir dann tatsächlich zu einer Entscheidung kommen, möglichst Ende des Jahres, ansonsten aber direkt Anfang des kommenden Jahres. Dabei wollen wir natürlich Erfahrungen aus anderen Städten einbeziehen und natürlich auch systematische Erkenntnisse der Wissenschaften. Und das ist auch der Grund, warum wir das Podium heute so besetzt haben.

Deswegen ist heute das Hearing auch mit externen Expertinnen und Experten vorgesehen, um das Ganze auch in diesen größeren Zusammenhang zu bringen.

Meine Damen und Herren, und jetzt kommt der Knebel, den ich uns und Ihnen allen anlegen möchte, zum Ablauf des Hearing.

Ich denke, wir sollten uns zwei Stunden Zeit nehmen, evt. 2 ¼ Stunden, aber dann werde ich das Hearing schnell auf die Zielgerade bringen. Es geht also hier heute Abend nicht um eine Open End-Veranstaltung, sondern wir brauchen die entscheidungsorientierten Hinweise über das, was wichtig ist. Wir wollen uns maximal eine Stunde mit den Kurzstatements der Expertinnen und Experten beschäftigen. Ich habe schon mal angedeutet, so 6 bis 8 Minuten und wenn es dann 8 ½ Minuten werden, werde ich auch nicht nervös, aber danach werde ich es.

In der zweiten Stunde wollen wir Rückfragen zulassen, natürlich aus dem Auditorium, so dass wir 21.00 Uhr, spätestens 21.15 Uhr auch durch sind. Ich habe heute nichts anderes als die Rolle des Moderators, deswegen war dies auch schon meine längste Rede. Ansonsten gilt alles das, was bei der Ratssitzung gilt.

Für die Statements in der 2. Halbzeit beträgt die Redezeit max. je 5 Minuten. Fragen bitte kurz stellen, Antworten so kurz wie möglich geben. Die Reihenfolge der Wortmeldungen erfolgt nach Rednerliste, Zweit- und Drittmeldungen werden erst nach Abarbeitung der Erstmeldungen aufgerufen.

Jetzt kommen wir zur Abfolge des Hearings:

Ich möchte Herrn Diekel als ersten bitten, das Anliegen des Runden Tisches vorzutragen.

Dann hätte ich die Bitte, dass dann die Praxiserfahrungen kommen von Frau Hunecke, Landes-seniorenvertretung/Bielefeld und Herrn Bürgermeister Vogel aus Arnsberg.

Danach die wissenschaftliche Erkenntnisse von Frau Professor Rohleder und dann würde das Finale bestritten von Frau Eifert, Institut für Gerontologie Dortmund.

Wenn Sie einverstanden sind, würden wir so verfahren.

Und jetzt habe ich eine Frage, Herr Diekel, eine „Türöffner“-Frage, die Sie bitte nicht als Provokation empfinden, sondern ich habe gelernt, wenn man moderiert, muss man eine pointierte Eingangsfrage stellen, damit klar wird, wo der Hase so hinläuft.

Meine Frage ist folgende:

Warum sollten wir in Münster eine demokratisch legitimierten Seniorenvertretung bilden, die sich auch in die Stadtpolitik einmischt, wenn der Rat der Stadt, der ja nach Gemeindeordnung mit dem Bürgermeister das Alleinvertretungsrecht für die Bürgerschaft hat, ohnehin schon ein Durchschnittsalter von knapp 49 Jahren hat, bei einem Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung von 38 Jahren und der insofern allein dadurch vermutlich bei seniorenpolitischen Fragen besonders aufgeschlossen sein dürfte? Also, Sie wissen, das ist nicht kämpferisch gemeint, sondern es ist ein Teil der Fragestellung: Inwieweit brauchen wir eine Seniorenvertretung, wenn doch der Rat eigentlich den Auftrag hat, alle Altersgruppen dieser Stadt und alle Bürgergruppen zu vertreten?

Herr Diekel, Sie haben das Wort!

Heinz Diekel:

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, zunächst einmal (aber eins) kann ich Ihnen sagen, wir freuen uns jetzt schon auf den Tag, wo Sie Mitglied in der Seniorenvertretung werden!

Ich will das auch gerne begründen, und zwar haben Sie unser Anliegen so nett, so freundlich, so wirklich gut vorgetragen, Sie haben das so vernünftig, so ruhig, so sachorientiert vorgetragen, dass wir uns dieser Sachlichkeit natürlich anschließen wollen.

Wir werden, Sie sind mit dieser Frage nicht allein, wir werden in unserer Stadt von vielen Menschen gefragt, was eine Seniorenvertretung dann machen wird, und das werde ich Ihnen umfassend erklären. Die Seniorenvertretung wird eine unabhängige parteipolitisch neutrale und konfessionell ungebundene Interessenvertretung in unserer Stadt sein – das haben wir nämlich noch nicht. Sie wird politische Arbeit im vorparlamentarischen Raum leisten. Wir haben, das glauben wir, eine Bündelungs- und eine Vermittlungsfunktion. Wir möchten die überlasteten

Kommunalpolitikerinnen und -politiker, welche 30 bis 50 Prozent ihrer Arbeitszeit opfern, unterstützen und entlasten. Sie sollen künftig sagen können: Wenden Sie sich an die Seniorenvertretung! So bietet die Seniorenvertretung ein niederschwelliges Angebot für ältere Menschen, ihre Anliegen auf kommunale Ebene zu äußern, sie bündelt die Anliegen und trägt sie an Politik und Verwaltung heran. Das ist unser Bestreben.

Um Sie auf das Niederschwellige hinzuweisen, habe ich hier ein Beispiel: Die älteren Bürgerinnen und Bürger tragen die unterschiedlichsten Probleme im öffentlichen Nahverkehr an uns heran. Die Seniorenvertretung kann das notwendige Verständnis und ausreichend Zeit aufbringen, um an einer Lösung der Probleme mitzuarbeiten. Wir glauben, die Seniorenvertretung ist Sprecherin und Mittlerin der älteren Menschen gegenüber Politik und Verwaltung.

Unsere Beratungsfunktion: Wir, die Seniorenvertretung, beraten aus der Perspektive älterer Menschen Politik und Verwaltung. Ich kann Ihnen folgendes sagen, wir haben ausführliche Gespräche auch mit Wissenschaftlern geführt und die haben uns ganz deutlich gesagt, weil sie selber schon unser Alter erreicht haben, das Seniorenalter, die Perspektive eines 20-, 30-, 50-, 62-Jährigen ist anders, als die eines Seniors. Wir haben daraus gemacht: Senior kann man nicht lernen, Senior muss man sein!

Und wir glauben auch, dass wir eine Beobachter- und Kontrollfunktion haben. Die Seniorenvertretung beobachtet und kontrolliert die Einhaltung der Rechte und Würde älterer Menschen. Das lässt zwischenzeitlich sehr zu wünschen übrig und wir meinen, wir müssten da etwas tun. Ein Beispiel: Wir stellen als Seniorenvertretung Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl von Heimbeiräten bereit. Sie wissen ganz genau, das sieht jetzt so aus, dass die Heime verzweifelt nach solchen Leuten suchen. Es meldet sich kaum noch einer, der das machen möchte.

Dann als letztes unsere Arbeit in den Fachausschüssen. Die Seniorenvertretung schlägt Seniorinnen und Senioren als sachkundige Einwohner für Fachausschüsse des Rates vor. Die Seniorenvertretung wird durch sorgfältige Vorbereitungsarbeit überlegte und fundierte Anträge über ihre sachkundigen Einwohner an den Rat herantragen und die Anzahl der Anträge – das wird Ihnen besonders viel Spaß machen als Chef der Verwaltung – auf das notwendige Maß begrenzen. Damit höre ich erst mal auf und ich denke, wir werden noch weitere Fragen haben. *(Beifall)*

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:

Ja, schönen Dank Herr Diekel. Sie haben ein ordentliches Zeitkonto bei mir gut. Das war wirklich sehr kurz und knapp. Und natürlich, ich sage es mal so, die Frage meines Hineinwachsens ins Seniorenalter, das ist eine Frage der Natur und nicht des Willens.

Also, jetzt habe ich aber die Bitte, dass wir auch mal in unsere Nachbarschaft schauen, nämlich nach Bielefeld. Aus Bielefeld kommt Frau Hunecke, sie ist stellvertretende Vorsitzende des Landesseniorenrates der Landesseniorenvertretung und gleichzeitig gewähltes Mitglied der Seniorenvertretung in unserer schönen Nachbarstadt Bielefeld.

Frau Hunecke, Sie haben das Wort!

Ruth Hunecke:

Ja, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Tillmann, meine Damen und Herren, eines Tages werden wir alle älter, d.h., wenn wir dieses Privileg haben. Deshalb sollten wir ältere Menschen nicht als getrennt von uns betrachten, sondern als das, was wir selbst einmal werden. Lassen Sie uns begreifen, dass ältere Personen Individuen mit persönlichen Bedürfnissen und Stärken sind, nicht aber Menschen, die allein wegen ihres Alters alle gleich sind. Mit diesen Worten Kofi Annans danke ich für die Einladung, hier heute bei Ihnen zu sein und übersende Ihnen die besten Grüße des Seniorenrates der Stadt Bielefeld. Ich bin sehr gerne gekommen und freue mich auf die Unterhaltung, auf den Dialog mit Ihnen.

Bielefeld, eine Stadt mit ca. 320.000 Einwohnern, davon 85.000 Personen über 60 Jahre, hat in der 4. Legislaturperiode einen Seniorenrat. Die ersten zwei Räte wurden in Delegiertenwahl, der 3. und 4. Seniorenrat wurde in Urwahl gewählt. Beide Wahlverfahren erwiesen sich als gleichwertig und sehr positiv. In den jetzigen Seniorenrat, der am 12. Dezember 2004 gewählt wurde, sind neben den 13 direkt gewählten Mitgliedern und deren Stellvertretern auch die Vertreter des Behinderten- und Ausländerbeirates, der Wohlfahrtsverbände, Vertreter der Alten- und Pflegeheime, der Seniorenbildungseinrichtungen sowie Mitglieder aller im Rat vertretenen Fraktionen

eingebunden. Der Bielefelder Seniorenrat hat eine eigene Geschäftsordnung, ist in der Hauptsatzung der Kommune verankert und es steht ihm ein eigener Etat zur Verfügung. Der Haushaltsansatz beträgt zurzeit 7.716 €. Aus diesem Topf werden alle Sachen bezahlt wie Miete für Telekommunikation, Technik, Computer, Fahrtkosten der Mitglieder für Veranstaltungen, Seminarkosten und all diese kleinen diversen Kosten. Die Sitzungsgelder betragen 29 € pro Sitzung und kommen aus einem anderen Etatopf der Kommune.

Vielleicht ein paar Worte zu unserer Arbeit des Seniorenrates: Die Arbeit ist sehr vielfältig. Einmal monatlich tagt der Seniorenrat öffentlich. Neben den Vorgaben der Kommunen werden auch immer eigene Schwerpunktthemen gesetzt. In der letzten Sitzung am 21. September hatten wir das Hausarzt-Modell der Barmer Ersatzkasse, da ist das Direktorium der Barmer Ersatzkasse Bielefeld zu uns gekommen und hat uns das bis ins Kleinste erklärt. In den Ausschüssen der Kommune bezieht der Seniorenrat Stellung zu allen wichtigen Fragen der Stadt- und Verkehrsplanung, des Wohnungsbaus, der Kultur und der Weiterbildung ebenso wie zu Fragen des Sports und des Sozial- sowie des Gesundheitswesens mit all seinen Facetten wie Pflege- und Altenheime. Die Vorbereitungen für diese Ausschusssitzungen finden in eigenen, themenbezogenen Arbeitskreisen statt, d.h. der Seniorenrat hat eigene Arbeitskreise. Das sind die Arbeitskreise Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, Wohnen im Alter, Kultur und Weiterbildung, Gesundheit und ambulante Dienste. In dem Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit geht es um die Außendarstellung. Hier werden auch die eigenen Großveranstaltungen (wir haben jedes Jahr ca. zwei Großveranstaltungen) zu seniorenrelevanten Themen geplant, pflegende Angehörige, Rente, das sind so spezielle Themen. Zur Landtagswahl und zur Bundestagswahl 2005 hatten wir alle Abgeordneten oder die Abgeordneten aller Parteien eingeladen und zwar zu dem Thema „Was versprechen die Parteien den Seniorinnen und Senioren“.

Ferner nimmt der Seniorenrat der Stadt Bielefeld Kontakt auf zu Museen und pflegt diese zu Alteneinrichtungen. Wir werden auch eingeladen, unsere Vorstandssitzung dann in diesen Institutionen, Häusern oder wo immer die Einladungen auch stattfinden, durchzuführen. Der Seniorenrat hat ein eigenes Geschäftszimmer, die Erreichbarkeit ist also gewährleistet, das Geschäftszimmer oder Büro liegt im Rathaus. In dem Büro werden die täglichen Büroarbeiten, also Korrespondenz, Telefonate, alles was dazu gehört, erledigt. Es ist auch jeden Tag besetzt, dort werden die Bürgersprechstunden abgehalten und es bietet einen geschützten Raum für ganz persönliche Beratungsgespräche einzelner Bürger.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu der Arbeitsphilosophie unseres Seniorenrates sagen:

Der Seniorenrat bietet eine wichtige Möglichkeit der politischen Partizipation älterer Menschen. Er bündelt die Interessen im vorparlamentarischen Raum und wirkt als Impulsgeber der kommunalen Seniorenpolitik. Die Arbeit ist überparteilich und sachorientiert. Er gestaltet keine Politik für Senioren, sondern mit den Senioren und über allem steht der Respekt vor der Würde des Alters und des Alterns. Diese Philosophie verschafft dem Seniorenrat die große Akzeptanz in der Bevölkerung und das Vertrauen der Kommune und das Vertrauen der Politik. (*Beifall*)

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:

Herzlichen Dank Frau Hunecke, ich glaube, das war eine wirklich sehr kurze pointierte Darstellung dessen, was in Bielefeld läuft. Und ich glaube, es ist noch mal deutlich geworden, wie das organisiert wird. Für die Kommunalpolitiker möchte ich noch in Erinnerung rufen, was Frau Hunecke zum Verhältnis zur Kommunalpolitik gesagt hat, nämlich im Kern, dass die Seniorenvertretung in Bielefeld bei allen Fragen von seniorenpolitischer Relevanz dann auch mitwirkt und auch offensichtlich in den Ausschüssen die Interessen und Belange der Senioren vertritt, und zwar als Seniorenvertretung, nicht als sachkundige einzelne Bürger, sondern als sachkundige Einwohner, die über die Seniorenvertretung berufen oder entsandt oder vorgeschlagen worden sind. Das ist wichtig!

Herr Vogel, wie geht es in Arnsberg? Vor allem möchte ich natürlich wissen (wenn Sie sich das vergegenwärtigen, was Frau Hunecke gesagt hat), ob Sie den Eindruck haben, dass in Arnsberg – ich unterstelle mal, dass es dort auch eine gewählte Seniorenvertretung gibt – dass in Arnsberg – sagen wir mal – die Kommunalpolitik eine gewisse Senioreninteressen-bezogene Schlagseite hat?

Bürgermeister Hans-Josef Vogel:

Herzlichen Dank für die Einladung und Sie haben es gesagt, Herr Oberbürgermeister: In Münster lernt man, die Dinge mit Grundsätzen oder mit einer Orientierung an Grundsätzen anzugehen, um einzelne Entscheidungen in Zusammenhängen vorzubereiten und zu treffen, um partikuläre Interessen im Licht des Ganzen zu sehen. Dadurch verhindert man dann auch Schlagseiten.

Lassen Sie mich beginnen, in dem ich zunächst nicht den Seniorenbeirat, wie er bei uns heißt, vorstelle, sondern in dem ich kurz in Erinnerung rufe, was eine Stadt ist.

Eine Stadt ist zum einen eine politische Kommune, eine politisch-administratives System, das demokratisch durch Wahlen legitimiert ist und dem verantwortlich Zuständigkeiten, auch Entscheidungszuständigkeiten zugewiesen ist.

Zum anderen ist eine Stadt – und das muss ich in Münster nicht besonders hervorheben – eine Bürgerkommune, also ein Lebens- und Gestaltungsraum der Bürgerinnen und Bürger, ihrer Vereine, Initiativen, Bewegungen und Einrichtungen.

Eine Stadt hat also eine Doppelstruktur: Sie ist politische und Bürgerkommune. Ich bin davon überzeugt, dass es der Bereich der Bürgerkommune oder der Bürgergesellschaft ist, der eine Stadt an den entscheidenden Stellen weiterentwickelt. So kann keine der sozialen Fragen unserer Zeit gelöst werden, ohne dass das bürgerschaftliche Engagement, also lokal die „Bürgerkommune“ in den Kern der Aufgabenerfüllung vordringt, wie der Publizist Warnfried Dettling es formuliert. Und das gilt im besonderen Maße für den demografischen Wandel.

Wenn das richtig ist, dann geht es bei unserem Thema heute in erster Linie darum, die enorme bürgerschaftliche Kraft älterer Menschen in der Bürgergesellschaft zur Entfaltung zu bringen und sie dabei durch die politische Kommune zu unterstützen. Ältere Menschen gehören nicht zum alten Eisen. Sie sind Aktivposten einer Bürgerschaft. In den Gremien der politischen Kommune – Rat, Ausschüsse, lokale Parteien. Und in der Bürgerkommune, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Lebensbedingungen und damit ihre Stadt durch aktive Teilhabe verbessern, auch dadurch, dass ältere Menschen als Experten in eigener Sache wichtige Ratgeber für Politik und Verwaltung sind.

Das versuchen wir in Arnsberg mit einem Seniorenbeirat, der sich beiden Aufgaben stellt. Er organisiert mit städtischer Unterstützung ein großes eigenes dezentrales Netzwerk der Selbst- und Mithilfe, des bürgerschaftlichen Engagements für ältere Menschen und für ihre Stadt. Er ist Ratgeber für die Entscheidungsgremien der politischen Kommune schon bei der Entscheidungsvorbereitung – also bei der Erstellung von Vorlagen – und bei der Entscheidungsumsetzung. Er setzt aber auch Themen auf die Agenda von politischer Kommune und Bürgerkommune.

Vorrang hat bei uns vom Selbstverständnis des Seniorenbeirates her die Entfaltung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen. Deshalb haben wir keinen direktdemokratisch legitimierten Seniorenbeirat, sondern ein durch den Rat demokratisch legitimates Gremium. Dadurch können bei der Besetzung des Seniorenbeirates Kriterien berücksichtigt werden, die bei einer direkten Wahl nicht von selbst beachtet werden – wie Berücksichtigung unserer Dörfer; unterschiedliche Initiativen und Erfahrungen; Frauen/ Männer oder ältere ausländische Mitbürger; die Fähigkeit, Selbstorganisation zu aktivieren, zu initiieren, zu moderieren, zu unterstützen; wie die Erfahrung, Menschen zu bewegen und zu unterstützen, eben ihre eigenen Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen oder auch selbst zu vertreten; wie die Fähigkeit, Netzwerke zu bilden etc. Die Direktwahl bringt solche Kompetenzen nicht von selbst hervor. Sie kann es, muss es aber nicht. Und so gibt es gute Beispiele für beides.

Unabhängig von der Frage direktdemokratischer Legitimation geht es – und ich möchte dies betonen, entscheidend darum, die Ausgrenzung älterer Menschen in der Stadt, also in der politischen Kommune und in der Bürgerkommune zu beenden und in Teilhabe zu verändern.

In beiden Bereichen sind ältere Menschen in den letzten Jahren mehr oder weniger ausgegrenzt worden – insbesondere durch herrschende falsche und überholte Altersbilder. Auch in den politischen Parteien zum Beispiel. Versuchen Sie mal, sich mit 70 Jahren neu für ein Ratsmandat

in einer politischen Partei zu bewerben – egal in welcher. Die vorherrschenden Altersbilder signalisieren etwas anderes als Engagement – auch oft bei den älteren Menschen selbst. Dass die Realität ganz anders ist oder besser sein kann, das sehen wir alle heute Abend hier. Es gibt aber auch Ausgrenzungsprozesse durch Altersbilder in den bürgerschaftlichen Bereichen. Wir wissen, dass sich beispielsweise die jüngere und auch die mittlere Generation in Vereinen und Initiativen mehr engagiert als die ältere Generation, obwohl es sich langsam verändert. Gehen Sie mal zur Freiwilligen Feuerwehr, da dürfen Sie mit 60 Jahren – egal welche Leistung Sie erbracht haben und noch gut erbringen – nicht mehr mitwirken. Gehen Sie mal zur Telefonseelsorge und sagen, Sie möchten dort mit 70 Jahren Beratungsleistungen erbringen. Fragen Sie mal bei der Schulaufsicht nach, ob Sie als Geschichtslehrerin nach ihrer Pensionierung noch freiwillig, bürgerschaftlich einen Geschichtskurs abhalten können. Gehen Sie mal zur Stadt und bieten Sie an, eine überdachte mit Bänken ausgestattete Bushaltestelle selbst zu bauen, weil von dort viele Ältere den Bus benutzen.

Ich will Ihnen ein aktuelles Beispiel für die Arbeitsweise des Seniorenbeirates Arnsberg geben: Es geht um das Thema „Sucht im Alter“. Der Seniorenbeirat macht das Thema, nicht im Sinne: Man müsste mal. Sondern er versucht für dieses Thema Allianzen zu bilden, interessierte Senioren, die sich bürgerschaftlich organisieren, die Suchtberatung der Stadt, die geriatrische Klinik, die Seniorengruppen, Senioreneinrichtungen, Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfegruppen, Experten. Die Stadt stellt im wahrsten Sinne Räume und Unterstützung. Nur so bewegt sich tatsächlich etwas, bürgerschaftliches Engagement muss in den Kern der Aufgabenerfüllung vordringen. Es geht um die eigenen Angelegenheiten. Die Selbst- und Mithilfeeinrichtungen sind so entstanden, die AIDS-Hilfe, die Sportvereine und, und, und... Da lagen keine Beschlüsse politischer Kommunen zu Grunde. Da haben aktive Bürgerinnen und Bürger selbst entschieden.

Die kluge politische Kommune hat dies immer gefördert, weil es „Selbstverwaltung“ der eigenen Angelegenheiten durch die Bürgerschaft selbst war und ist. Sie hat dabei immer Ausfallbürgschaften übernommen, wenn es um die Wendung von Not durch die Bürger geht.

Wir haben ein riesiges Potential von Älteren, das wir für die Gestaltung der Stadt gewinnen können, wenn wir mit die Älteren als Bürger ansprechen, wenn wir ihnen dadurch auch Entscheidungsmöglichkeiten geben. Wir haben ein enormes Potential, das natürlich auch auf die Politik wirken kann und wirkt. Wenn ich ein Fazit der Erfahrungen in Arnsberg ziehe, dann muss ich feststellen, der mit Abstand größere Bereich, wo Ältere etwas für Ältere, aber auch für Kinder, aber auch für die Lebensqualität bewegt haben, dann ist das der Bereich der Stadt als bürgerschaftlicher Lebens- und Entfaltungsraum.

Die Doppelstruktur der Stadt sollte deshalb die Organisation und die Aufgabenstellung einer Seniorenvertretung bestimmen. Es muss immer um beides gehen, um die Verbesserung der Teilhabe und die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Älteren in der politischen Kommune und in der Bürgerkommune.

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:

Ja, schönen Dank Herr Kollege Vogel. Ich finde es ausgesprochen gut und ich bin auch sehr dankbar dafür, dass Sie das Thema Seniorenbelange, Senioreninteressen, Lebensverhältnisse von Senioren, Aktivierungen von und für Senioren; Senioren als Aktivposten der Bürgergesellschaft, herausgestellt haben. Denn ich glaube, wir tun gut daran, auch hier in Münster diese beiden Aspekte gleichgewichtig zu diskutieren, das heißt im Klartext, auch zu sagen, welche Talente, welche Fähigkeiten, welche Lebenserfahrungen, welche Möglichkeiten, bringen Seniorinnen und Senioren in einer Kommune vor Ort ein? Münster ist ja auch keine anonyme Großstadt. Was können sie dort bewirken, wie kann man das auch mit Mitteln der verfassten Politik unterstützen? Das ist die eine Seite der Medaille, die andere Seite der Medaille ist natürlich die Partizipation in der politisch verfassten Stadt.

Dass wir das wirklich auch in dieser Zweigleisigkeit begreifen, aber auch die Verbindungen dazwischen sehen. Wahrscheinlich wird es kompliziert werden, wenn man nur das eine oder andere tut. So habe ich es zumindest verstanden.

Ja, meine Damen und Herren, das waren jetzt pars pro toto die Praxisberichte. Jetzt kommen wir zur anderen Seite, nämlich zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen und da kommen wir dann zunächst einmal, wenn Sie einverstanden sind, zu Frau Professor Rohleder von der KFH hier in Münster. Ich denke, dass Sie, Frau Professor Rohleder, uns auch etwas – sagen wir einmal – über die Erfahrungswelt von Seniorenaktivierungen und wie man sie organisiert, sagen können aus generellen wissenschaftlichen Erkenntnissen, wie Sie das beurteilen. Sie haben das Wort

Prof. Dr. Christiane Rohleder:

Ja, erstmal auch ganz herzlichen Dank dafür, dass ich zu dieser Expertenanhörung eingeladen worden bin. Es ist sehr spannend, bei einem so wichtigen kommunalen Thema dabei zu sein und ich hoffe, dass wir hier auch zu einem guten Ergebnis kommen heute Abend. Mein Auftrag oder die Bitte an mich war ja ein bisschen etwas zu den Grundlagen für die Forderungen nach Seniorenvertretungen im kommunalen Raum zu sagen. Und das hat natürlich etwas mit der Aktivierung von Seniorinnen und Senioren zu tun. Das hat aber auch etwas mit berechtigten Ansprüchen von Seniorinnen und Senioren an das kommunale Leben zu tun, aktiv und eben auch im politischen Bereich und nicht nur beim freiwilligen sozialen Engagement sich beteiligen zu können.

Es gibt insgesamt vier zentrale Argumente für die Forderung nach Seniorenvertretungen.

Ein Argument haben Sie vorhin schon benannt, die demographische Entwicklung. Hier wird kontrovers diskutiert, ob die steigende Zahl und der steigende relative Anteil älterer Menschen tatsächlich ein Argument für Seniorenvertretungen sein sollte. Aber das Argument ist in die Richtung zu verstehen, dass bislang seniorenspezifische Interessen eben noch nicht ausreichend in der Politik Berücksichtigung finden.

Das Zweite ist, dass sich eine altenfreundliche und eine familienfreundliche Gesellschaft sich nicht ausschließen, sondern das Gegenteil ist der Fall. Wenn wir an Barrierefreiheit denken, dann kommt diese auch der jungen Mutter mit dem Kinderwagen zugute und wir hatten jetzt in der letzten Woche im Zusammenhang mit dem Bundeskongress soziale Arbeit eine Diskussion zu seniorengerechten Produkten, wo eine junge Mutter gesagt hat, dass sie in der Familienphase so dankbar für diese Produkte war, weil sie ihr das Leben so leicht gemacht haben. Das heißt, Seniorenfreundlichkeit ist nicht automatisch Familienfeindlichkeit, sondern das Gegenteil ist der Fall.

Wir müssen allerdings auch bei der demographischen Entwicklung sehen, dass sie langsamer vonstatten geht, als wir eigentlich immer so denken. Es herrscht eine enorme Überschätzung schon im Moment über den Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung. Bevölkerungsumfragen zeigen, dass bereits jetzt der Durchschnitt der Bevölkerung denkt, es sei ein Anteil an Seniorinnen und Senioren erreicht, den wir erst in 35 Jahren haben werden. Das heißt, das demographische Argument kehrt sich im Moment ein bisschen ins Gegenteil, nämlich dass die Gegenwart mit der Zukunft verwechselt wird. Deswegen möchte ich auch auf einen anderen Punkt Wert legen, den nämlich auch schon Herr Vogel angesprochen hat, dass die Ausgrenzung von älteren Menschen aus wichtigen gesellschaftlichen Bereichen, und hier möchte ich auch einmal die Arbeitswelt ansprechen, und damit eben die Ausgrenzung aus wichtigen sozialen Teilhabemöglichkeiten, eigentlich erforderlich macht, dass in anderen gesellschaftlichen Bereichen eine Öffnung erfolgt für die Interessen von Seniorinnen und Senioren und dass dies auch eine Wertschätzung der Kompetenzen und Erfahrungen von Seniorinnen und Senioren darstellen würde.

Den zweiten Punkt, den wir vorhin angesprochen haben, ist die Untervertretungsthese. Wir haben gesagt, der Rat der Stadt Münster ist im Durchschnitt 49 Jahre. Interessieren würde mich schon wie hoch der Anteil der 60-jährigen ist. 18 %. Im Landtag liegt er bei 8 %, im letzten Bundestag bei 11 %. Und damit deutlich unter dem Anteil der über 60-jährigen mit über 20 % an der Gesamtbevölkerung. Gleichzeitig bedeutet älter zu sein nicht unbedingt, dass man auch die Interessen älterer Menschen vertritt, genauso wenig wie weibliche Abgeordnete die Interessen von

Frauen vertreten. Das heißt, das Argument durch eine Seniorenvertretung seniorenspezifische Themen stärker in die Kommunalpolitik einzubringen, konturiert sich weniger vor der Altersstruktur des Rates als vielmehr vor dem Hintergrund, dass eben seniorenspezifische Themen wichtig sind. Sie werden zwar bereits jetzt berücksichtigt, anscheinend aus Sicht engagierter Senioren und Seniorinnen noch nicht genug.

Allerdings trifft die Unterververtretungsthese natürlich auch auf andere Bevölkerungsgruppen zu. Sie trifft Frauen, sie trifft Jugendliche, sie trifft auch auf andere Bevölkerungsschichten zu.

Deswegen würde ich gerne zum Abschluss im vierten Argument eher auf den Aspekt des grundsätzlichen Bedarfs an vorparlamentarischen, direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten eingehen. Aber vielleicht noch ein drittes Argument nämlich der Aspekt, dass sich in der Gruppe der Seniorinnen und Senioren ein Wertewandel und auch ein Interessenwandel abzeichnet. Das hat etwas zu tun mit einer besseren materiellen Ausstattung auch mit besseren Bildungsvoraussetzungen auf Seiten der Seniorinnen und Senioren, die dazu führen, dass hier Forderungen nach aktiver Mitwirkung zunehmend selbstbewusster gestellt werden. Das zeigt sich in erhöhtem bürgerschaftlichen Engagement, lässt sich aber darauf nicht begrenzen, sondern das Interesse von Senioren geht auch in Richtung politischer Mitwirkung. Was ich hier sehr interessant finde, dass über Seniorenvertretungen eben auch Personengruppen erreicht werden, die sich sonst eher wenig politisch engagieren, nämlich Frauen. Eine Studie des Institutes für Gerontologie von Ende der neunziger Jahre zeigt, dass in Seniorenvertretungen eine fast paritätische Besetzung zwischen Männern und Frauen herrscht während ansonsten Frauen sich eher unterdurchschnittlich politisch beteiligen. Gerade die parteiübergreifende Ideologie, die unabhängige Vertretung von Interessen, die eben auch freier von Zwängen ist, die gerne in Großorganisationen entstehen, scheint für Frauen besonders attraktiv zu sein. Und die Förderung von politischer Beteiligung von Frauen sollte uns auch ein Anliegen sein.

Und damit komme ich zu meinem letzten Punkt. Nämlich, dass sich die Forderung nach Seniorenvertretungen vor einem eben grundsätzlicheren Bedarf an vorparlamentarischen direkt demokratischen Formen der Beteiligung konturiert. Und das trifft eben nicht nur auf Seniorinnen und Senioren zu, sondern z.B. auch auf Jugendliche. Letzte Woche stand in der Münsterschen Zeitung, dass überlegt wird, ein Kinder- und Jugendparlament vielleicht einzurichten. Das hat etwas damit zu tun, dass die konventionellen Formen der politischen Beteiligung zum Beispiel über Parteimitgliedschaft, zunehmend nicht mehr passen oder zunehmend schwieriger in ein Passungsverhältnis zu bekommen sind mit den Interessen von Bürgerinnen und Bürgern. Gerade weil mit Parteimitgliedschaft eben auch bestimmte Zwänge verbunden sind und auch nicht jeder die Zeit hat, sich in alle möglichen Bereiche der Politik einzuarbeiten und einzudenken. Im Zusammenhang mit diesem Bedarf an mehr vorparlamentarischen Beteiligungsmöglichkeiten wird gerne der Begriff der Bürgerkommune gebraucht, die sich sowohl durch eine stärkere politische Teilhabe, durch mehr Mitwirkungsmöglichkeiten, auszeichnet als auch, wie Herr Vogel es schon angesprochen hat, durch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Produktion öffentlicher Dienstleistungen. Ich hatte vorhin schon angesprochen, ich habe ein bisschen den Eindruck, dass gerade der zweite Teil, die Produktion öffentlicher Dienstleistungen über freiwilliges Engagement, da gibt es weniger Berührungsängste, da werden z.B. Freiwilligen Agenturen gefördert, während die politische Partizipation, die wird doch vielfach eher noch als Bedrohung denn als Bereicherung gesehen. Obwohl gerade die Bündelung der Interessen von Seniorinnen und Senioren über die Seniorenvertretung auch effektiveres kommunalpolitisches Handeln mit sich bringen könnte, weil einerseits schon im Vorfeld von politischen Entscheidungen Probleme aus der Welt geschafft werden können, weil Fehlsteuerungen frühzeitig vorgebeugt werden kann, weil wir eine vitalere Demokratie in der Kommune hätten und dementsprechend nicht vorrangig Reibungsverluste zu erwarten sind, sondern man auch erhoffen könnte, dass eine direktere Bürgerbeteiligung zu einer bürgernäheren Kommunalpolitik führen könnte. *(Beifall)*

Dr. Tillmann:

Ja, herzlichen Dank, Frau Professor Rohleder. Das, was Sie gesagt haben, möchte ich noch einmal an ein oder zwei Punkten in Erinnerung rufen. Es scheint so zu sein, dass auch jenseits der kommunalen Beteiligungsschiene, das ist zumindest als Nebenertrag heute festzuhalten, dass aus Ihrer Sicht das Thema Partizipation von älteren Menschen und vor allem auch das Thema, gegen die Ausgrenzung zu arbeiten, gegen die gesellschaftliche Ausgrenzung vor allem auch auf dem

Arbeitsmarkt, sprich die Nichtbeachtung oder Nichtnutzung von Erfahrungswissen von Senioren wichtig ist. Darum geht es ja auch. Berufliches Wissen ist sicherlich ein großer Bereich, der unabhängig von dem, was wir heute zu besprechen haben, auch weiterhin auf der Agenda steht. Ich komme jetzt zum letzten Expertinnenbeitrag aus der Sicht der Gerontologie von Ihnen, Frau Eifert. Was ist aus Ihrer Sicht zu dem Anliegen zu sagen, was eben schon mal von Frau Professor Rohleder angesprochen wurde. Was geben Sie uns als Ratschlag mit auf den Weg. Wie sollen wir uns sortieren?

Barbara Eifert:

Ja, vielen Dank auch für diese Einladung und vielen Dank, das ich jetzt die Ehre habe zum Schluss dieser Runde noch etwas beizutragen. Natürlich ist heute vieles oder jetzt gerade schon vieles von dem was es an guten Argumenten für Seniorenvertretungen gibt, gesagt worden. Aber vielleicht ist es ganz gut, wenn man am Ende noch einige Punkte zusammenfasst und noch einmal aus meiner Erfahrung als wissenschaftliche Beraterin der Landesseniorenvertretung, eine Arbeit die ich seit sechs Jahren tue, also an einer Schnittstelle arbeite zwischen Wissenschaft und Praxis, dass ich da noch einmal einige Argumente einbringen kann.

Also ich werde es mal auf sieben bis acht Punkte zusammenfassen:

Seniorenvertretungen bieten eine Möglichkeit der wachsenden Bevölkerungsgruppe älterer Menschen die Möglichkeit zu geben, unabhängige politische Teilhabe oder Partizipation wie es heute schon gesagt wurde in der Kommune zu leben, ja zu gestalten, diese zu stärken. Denn der Souverän, das ist das Volk, verändert sich in seinem altersmäßigen Aufbau durch den demographischen Wandel und daraus entwickelt sich, so sieht es der Professor Pietschers von der Verwaltungshochschule Speyer, auch ein anderer Repräsentationsbedarf. Ein anderer Bedarf sich in der Kommune zu engagieren, politische Teilhabe ja zu leben und Sie alle heute hier sind ja ein Beweis dafür, dass es solch einen Bedarf gibt. Und es gibt noch mehr Beweise in Nordrhein-Westfalen – nämlich in 121 Kommunen gibt es Seniorenvertretungen, die auf freiwilliger Basis, denn es ist ja eine freiwillige Einrichtung im vorparlamentarischen Raum, arbeiten. Gerade weil es ein freiwilliges Engagement ist, und das denke ich, ist auch noch einmal ein ganz wichtiger Punkt. Es ist auch vor dem Hintergrund der nicht allzu vielen Freiwilligen die sich in dieser Gesellschaft engagieren wollen und auch politisch engagieren wollen, für eine Kommune aus eigentlich wohlverstandenen Eigeninteresse wichtig, dieses aktive bürgerschaftliche Engagement zu stärken und wichtig ist dabei auch noch einmal zu merken, um auch etwas aufzubereiten, was heute hier auch gefallen ist.

Es geht dabei nicht um Sonderrechte von Seniorenvertretungen. Wie sollte das auch gehen? Über sachkundige Einwohner in den Ausschüssen der Kommune können ja Seniorenvertretungen sich beteiligen, gehört werden, Anträge stellen, also sie treffen ja nicht die Entscheidungen. Sie nehmen also den Ratsmitgliedern nichts weg, sondern ganz im Gegenteil, man muss es sehen eigentlich als eine Bereicherung und da muss man sich eigentlich fragen, warum nimmt man diese Chance nicht wahr. (*Beifall*).

Ein nächster Punkt ist: Seniorenvertretungen wirken stets generationsübergreifend und zwar aus dem einfachen Grund Alter ist etwas, was uns wirklich alle betrifft. Und wir haben es am Anfang auch gesagt, man kann nichts dagegen tun, das ist die Natur. Alter betrifft alle Menschen und das unterscheidet Seniorenvertretungen auch von anderen Verbänden und Organisationen die spezielle Zielgruppen haben. Irgendwann kommen wir alle zum Thema Alter.

Nächster Punkt: Die Gründung von Seniorenvertretungen in einer Kommune zeigt auch die Anerkennung des demographischen Wandels als Chance und auch als Wertschätzung gegenüber dem Engagement älterer Menschen. Und in dem Zusammenhang will ich auch noch einmal sagen: Es geht nicht um eine Überbewertung des Alters. Ganz im Gegenteil! Wir müssen uns eigentlich nicht im Gegenteil sondern wir müssen uns darum bemühen, realistische Altersbilder zu bekommen. Es geht nicht darum, das Alter abzuwerten, oder es hoch zu stilisieren wie es mittlerweile ja auch gern getan und nur noch von den fitten, jungen finanzkräftigen älteren Menschen zu sprechen. Also wir brauchen realistische Bilder. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Und eine Kommune kann sich eigentlich mit einer Seniorenvertretung auszeichnen und damit auch ihre Wertschätzung wegen dem Engagement gegen dem ja gegen einem oder ein

gutes Alter. Es würde ein realistisches Altersbild damit dokumentieren. Eine Interessenvertretung oder ein Interessenüberhang ist auch ein Begriff, den ich irgendwann in der letzten Woche mal in der Presse gelesen habe, dass durch eine Seniorenvertretung ein Interessenüberhang des Alters entstehen könnte. Aber das und da greife ich noch einmal zurück – das habe ich am Anfang schon gesagt – das kann eigentlich nicht passieren, schon alleine deshalb nicht, weil Seniorenvertretungen ja nicht fordern, mitzubestimmen, sondern sie wollen teilhaben, gehört werden und möchten Anträge einbringen. Also sie möchten mitwirken. Sie bieten etwas an. Deshalb ist das Argument oder die Angst – es scheint mir auch manchmal eine Angst zu sein – vor dem Alter, dass so ein Interessenüberhang besteht, eigentlich nicht angemessen. *(Beifall)*

Noch ein Punkt, der heute hier auch genannt wird und das denke ich, ist ein ganz wichtiger Punkt zum Thema Altersbilder eng verknüpft mit negativen Altersbildern ist für viele ältere Menschen auch die Erfahrung von Altersdiskriminierung. Ein schwieriger Begriff, zugegeben. Aber Sie brauchen manchmal nur die Zeitung aufschlagen, da ist von Altenlawinen, Rentnerbergen und solchen Begriffen die Rede, mit denen ist man im Alter konfrontiert. Ich glaube das kann man sich nicht vorstellen, was das eigentlich für eine Erfahrung und für ein Gefühl ist, mit solchen Begriffen ständig konfrontiert zu werden. Ich denke, das ist eine Entwertungserfahrung, die im Alter gemacht wird, die wirklich tatsächlich etwas so gesehen Altersspezifisches ist, weil man sie als junger Mensch in der Form nicht macht. Und auch da ist eine Seniorenvertretung oder kann eine Seniorenvertretung einen wichtigen Beitrag leisten, um hier zu realistischeren Altersbildern zu kommen. Um auch diese Entwertungserfahrung, die ja nicht nur in diesen allgemeinen negativen Altersbildern sich aufzeigt, sondern auch die, die dann gemacht wird, wenn man aus dem Erwerbsleben in den sogenannten Ruhestand tritt. Das ist ja auch eine Erfahrung die viele machen.

Mein letzter Punkt ist noch ein - wie soll ich sagen - ein Punkt der die Ängste nehmen soll. Es wird ja oft gesagt, wenn die Seniorenvertretungen eingebunden werden wollen, dann kommen noch mehr oder dann kommen alle. Erstens habe ich den Eindruck und das lässt sich auch belegen, dass gar nicht so viele kommen wollen und mitmachen wollen, also dass diese Gefahr in diesem Maße gar nicht so besteht und zweitens kann ich auch berichten, dass noch in keiner Kommune in der eine Seniorenvertretung eingebunden wurde, anerkannt ist, mitwirkt, dass das zu einem Run aufs Rathaus geführt hat von anderen Gruppen, dass die nun auch alle mitmachen wollen. Und die Macht haben die Senioren in diesen 121 Städten auch noch nicht übernommen. *(Beifall)*

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:

Ja, meine Damen und Herren, das waren jetzt die Statements derer, die aus verschiedenen Aspekten das Anliegen einer Seniorenvertretung kommentiert, auch bewertet haben. Ich will jetzt kein großes Co-Referat halten, nur noch einmal festhalten, was deutlich geworden ist:

Ich glaube, deutlich geworden ist zum ersten, dass aus der Sicht der Expertinnen und Experten der Wert einer Partizipation im Alter durchweg positiv eingeschätzt wird. Auch diesen Wert der Partizipation im Alter zu nutzen, das ist es, worum es im Kern geht. Es ist differenziert worden zwischen dem Thema Engagement in der Bürgergesellschaft einerseits, mit Verknüpfungen zum politischen Prozess. Aber auf der anderen Seite ist aber auch die Frage gestellt worden, wie ist das mit der Partizipation in der praktischen Kommunalpolitik selbst. Das ist das Zweite.

Das Dritte sind natürlich im Wesentlichen Aktivierungseffekte, Motivationseffekte, Effekte, dass die Bürgergesellschaft einer Stadt auch in allen Altersgruppen vollständig abgebildet ist, auch als Aktivposten in einer Stadt. Alles das haben wir gehört.

Bevor ich jetzt die allgemeine Diskussion eröffne, mache ich mal selbst den „Icebreaker“. Denn das Ganze muss ja auch jetzt ein bisschen konkret werden. Und da bin ich mal ganz mutig mit einer Frage, denn der Wert einer Institution wie jetzt einer Seniorenvertretung ist ja immer dann zu messen, wenn es um Konflikte geht. Es geht ja nicht um die wunderschönen Sonntagsgeschichten, sondern um die Frage, was passiert, wenn Interessen aufeinander treffen. Und da hätte ich vor allem auch die Frage an Sie beide. An Sie, Frau Hunecke aus Bielefeld und

natürlich auch an Sie, Herr Vogel. Was glauben Sie, was wäre passiert. Ich gebe Ihnen einmal vier Beispiele in der Kommunalpolitik.

Was glauben Sie, was wäre passiert – nehmen wir mal an, wir hätten eine demokratisch legitimierte Seniorenvertretung mit entsprechenden Partizipationsmöglichkeiten in der praktischen Kommunalpolitik:

Punkt 1: Wir haben vor einigen Jahren entschieden, den Busverkehr auf dem Prinzipalmarkt sehr intensiv einzuschränken. Glauben Sie, dass wir zu einer anderen Entscheidung gekommen wären mit einer Seniorenvertretung?

Zweite Frage: Wir hatten vor einigen Jahren ein Problem mit einem Spielplatz in einem Münsteraner Stadtteil, wo das Spielbedürfnis von Kindern und das Ruhebedürfnis von Nachbarn, sehr intensiv und sehr sehr heftig aufeinander gestoßen sind, wo ich mich als intensiver Moderator betätigen musste. Glauben Sie, dass bei der Existenz einer Seniorenvertretung die Dinge leichter oder schwerer geworden wären?

Dritte Frage: Wir alle wissen, Münster ist eine unglaublich intensive Fahrradstadt und wir wissen, dass das Fahrradfahren in Münster eine, ja nicht gerade eine Religion, aber eine Weltanschauung ist. Und der Fahrradfahrer hat natürlich hier in Münster sich bestimmte Dinge erkämpft. Glauben Sie, dass das mit einer Seniorenvertretung anders wäre, relativiert würde, wie auch immer?

Vierter Punkt: Wir haben in Münster die Situation, dass Münster eine alte Stadt ist mit einer jungen Bevölkerung. Aber auch eine Stadt, in der immer dann, wenn es darum geht, in der Stadtarchitektur, in der gebauten Stadt, etwas Neues zu machen, dass dann alle sagen: Es soll eigentlich alles so sein wie auf dem Prinzipalmarkt! Glauben Sie, dass das mit einer Seniorenvertretung schwieriger würde, moderne Stadtentwicklung, Stadtgestaltung, Architektur, Projektentwicklungen zu gestalten oder haben Sie das Gefühl, alles wäre wie vorher?

Bürgermeister Hans-Josef Vogel:

Darauf kann man relativ schnell und einfach antworten: Die ältere Generation, das wissen wir, ist nicht einheitlich, sondern sie ist vielfältig, sie ist bunt mit unterschiedlichen Meinungen, mit unterschiedlichen Vorlieben, mit unterschiedlichen Tendenzen. Die Lebenslagen und -situationen unterscheiden sich grundlegend. Aktive Ältere, Hochbetagte, Pflegebedürftige, Männer, Frauen, ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir sprechen ja schon von zwei, wenn nicht drei Generationen älterer Menschen. Ich glaube, dass deshalb auch keine Partei der Alten eine Chance hat, weil die ältere Generation einfach viel zu vielfältig ist.

In einem Punkt bin ich – und bei uns in Arnsberg besteht dazu großer Konsens über alle Generationen hinweg – sehr kritisch: Wir wollen keine amerikanischen Sun Citys, keine Quartiere, wo nur alte Menschen leben, wo Kinder nur zwei Monate zu Besuch kommen dürfen. Das wollen wir nicht, das ist das Ende der europäischen Stadt. Das heißt -und da sind wir bei dem Kinderspielplatzproblem- da hat eine Stadt und diejenigen, die für eine Stadt abschließend Verantwortung tragen, eine ganz, ganz wichtige Aufgabe, Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Förderung zu geben, Kindern öffentliche Räume zu geben. Unsere Städte müssen attraktiv sein für die Jungen, dann sind sie auch Heimat für die Älteren. Das ist das Gegenteil von Sun Cities.

Ansonsten bei der Stadtbaupolitik oder beim Bus würde ich auch sagen, da hätte eine Seniorenvertretung eventuell etwas bewirken können. Nicht unter der Fragestellung fährt man da hin oder fährt man nicht da hin. Nicht also diese Fragen Ja oder Nein, sondern was passiert eigentlich, wenn wir bestimmte Sachen nicht mehr machen und was hat das für Auswirkungen auf ältere Leute oder auch auf jüngere Leute. Weil ich glaube, dass ein Rat oder eine Verwaltung Bescheid wissen muss, wie wirken sich Entscheidungen bei den Menschen aus. Vielfach finden Entscheidungen auf einer unvollständigen Informationsgrundlage statt – ich sage das jetzt nicht für die münstersche Verwaltung – weil ich weiß, dass es eine sehr gute Verwaltung ist. Und die Verantwortung für strategische Entscheidungen, wenn sie denn solchen Themen zugrunde liegen,

kann auch keine direkt gewählte Seniorenvertretung dem Rat abnehmen. Da müssen auch für die Wählerinnen und Wähler die Verantwortungen klar sein. Also zum Beispiel: Keine Sun Citys, keine Kinderspielflächen nur von 11 Uhr bis 12 Uhr und von 16 Uhr bis 17 Uhr.

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:
Schönen Dank Herr Vogel.

Frau Hunecke, Bielefeld ist ein bisschen größer als Münster, hat aber wahrscheinlich ähnliche Probleme, vielleicht andere in der Sache, aber methodisch die Gleichen. Was haben Sie für Erfahrungen?

Ruth Hunecke:

Also kommen wir zurück auf die Sachen, die Sie, Herr Dr. Tillmann, angesprochen haben. Wie Sie gemerkt haben, ich bin eine ausgesprochene Pragmatikerin und das kommt uns allen zugute. Der Seniorenrat der Stadt Bielefeld wird grundsätzlich in all diese Sachen einbezogen. Das heißt, wenn es Veränderungen in der Buslinienführung gibt, dann sitzen wir genauso mit am Tisch wie die anderen Vertreter der Kommune auch. Wir hören uns das an, geben unsere Einwände, beraten dann nochmals in Seniorenvertretungen in unseren Sitzungen und sagen hier oder da können wir uns mit arrangieren. Dass könnte sehr schwierig für Senioren sein, das ist in Ordnung oder wir lehnen es grundsätzlich ab. Also von daher mit Fahrrädern haben wir nicht soviel Erfahrung, weil wir eben keine Fahrradstadt sind. Wir haben dann natürlich das Parkplatzproblem was dann eben käme. Zu den Baugebieten muss ich sagen, dass ist ganz exemplarisch. Im Moment haben wir in Bielefeld ein ganz neues Baugebiet, das ist der sogenannte Breipoldshof. Der wird total neu erschlossen nach neuen EU-Richtlinien bevor das ganze Projekt veröffentlicht wurde, bekamen wir die Planung auf dem Tisch. Der Seniorenrat war voll integriert. Die Meinung wurde gefragt, es wurde aufgeschrieben, wie wir uns das vorstellen könnten. Aber immer im Hinterkopf: Jung und Alt bilden eine Maßnahme und damit ergaben sich dann auch die Probleme der Spielplatzstellung und der gleichen ganz von selbst. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass für junge Frauen sogenannte Homebüros eingerichtet werden konnten, also dass sie dann gewerblich genutzt wurden. Auf der anderen Seite haben wir gesagt, die Hecken dürfen nicht zu hoch sein. Aus Sicherheitsgründen den Kindern gegenüber aber auch der älteren Generation gegenüber. Wir haben für Ruhezeiten gesorgt sowohl für Kinder wie für Erwachsene. Das ganze war dann im Modell und war sehr lange ausgestellt. Jeder Bürger konnte das besichtigen und ich muss sagen, wir sind sehr stolz auf das Erreichte. Im Klartext übersetzt: Wir werden voll einbezogen, wir bewegen uns aber ausschließlich auf der ganz sachlichen Ebene und das funktioniert hundertprozentig. Danke.

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann: Ja, schönen Dank Frau Hunecke.

Ich glaube jetzt haben wir genug an Informationsgrundlagen geschaffen und auch an Einschätzungen und Stellungnahme aus anderen Städten. Ich denke, wir können jetzt in den zweiten Teil übergehen, in den Teil der Diskussionen. Wir haben hier im Saal ein Mikrophon. Ich bitte das auch zu benutzen und ich habe auch die Bitte, dass Sie einmal ans Mikrophon gehen und eben kurz Ihren Namen sagen.

Juliane Wimmer:

Ich beschäftige mich seit 10 Jahren mit Themen des Älterwerdens und weil ich selber immer älter werde und immer mehr Spaß kriege, vor allem wenn ich sehe, wie Sie hier sitzen, dann muss ich sagen, ich kann es nur empfehlen, älter zu werden.

Ich bin keine Idealistin, bin ich auch, aber ich habe ganz konkret mit 39 Jahren entschieden, in die Altenpflege zu gehen, habe 5 Jahre meinen Großvater versorgt und bin dadurch in die Thematik „alt werden in Deutschland“ hereingekommen und ich muss sagen, ich war immer wieder erstaunt, was mir das gegeben hat, was ich tun konnte als Mensch aus Fleisch und Blut und vor welchen Rätseln die Mitarbeiter in den Altenheimen stehen oder überhaupt, wie diese Thematik betrachtet wird in Münster, muss ich sagen, waren die Menschen immer ganz nett und ich habe immer gedacht, Mensch, hier würde ich auch gern älter werden, hier hätte ich das Gefühl, die Grenzen mich nicht aus, sondern die sprechen mich auch mal an, wenn ich hier umgefahren werde. Also, deswegen habe ich Mut bekommen und diesen Mut möchte ich weitergeben, Ihnen auch, aber

bevor wir jetzt bei Bushaltestellen landen, muss ich sagen, in der Altenpflege, wo ich ja nun täglich bin in der beratenden Funktion, gibt's Dinge, die sind viel nahe liegender, und zwar, das ganze beginnt bei der Sprache. Wenn ich im medizinischen Dienst der Krankenkassen in den Fragebogen lese, was da gesprochen wird von Füttern und Wickeln, dann geht mir der Kamm hoch. Ich möchte nicht gefüttert werden und ich möchte auch nicht gewickelt werden und auch nicht mit 45 Jahren, die ich heute noch bin. Ich finde, da geht das Menschenrecht los und da würde ich Sie bitten, ich bin mittlerweile Qualitätsbeauftragte an der Krankenkasse, der Pflegekasse. Und da möchte ich einfach darauf hinweisen, lassen sie sich nicht verschüchtern. Wenn das in den Anträgen steht, dann hätten wir eigentlich Grund genug zu sagen, Moment mal, mit wem sprechen Sie hier eigentlich? Ich bin Mensch, ich habe die Menschenwürde und ich möchte auch so behandelt werden. Kinder werden gewickelt und gefüttert. Ein alter Mensch bekommt Vorlagen und das Essen bekommt er angereicht. Es ist eine große Wertschätzung, die darin besteht. Das wäre so mein Wunsch aus meiner beruflichen Sicht, an den noch fiktiven Rat, den ich mir sehr wünsche für Münster. Ich wünsche ihn mir für jede Stadt in Deutschland, muss ich sagen.

Das zweite ist, ich habe auch den Eindruck, Seniorenarbeit oder überhaupt das Thema „Altwerden“ ist immer negativ besetzt – haben wir schon angesprochen – und der MDK bzw. die Heimaufsicht, das sind die Kummerkästen für die pflegenden Angehörigen. Wenn in Heimen immer wieder auch aktuell gehört wird, dass da die Dinge, dass sich eine Pflegeperson um 20 Menschen kümmern muss, dann frage ich mich als examinierte Kraft: Wie soll das gehen? Da würde ich doch meine Angehörigen und mich selber nie hinbegeben. Was das Traurige ist, man spricht dann von Qualitätsbeauftragten, vom Qualitätsmanagement, das ist alles supergut, habe ich selber praktiziert, aber wer soll denn die Qualität umsetzen, wenn da nicht genug Leute sind, Wer soll denn genug Hände und Köpfe haben? Das muss jemand machen, der endlich mal sagt, das ist die eine Sache der Organisation, das andere ist – ich muss aber auch Menschen da hinstellen, die es machen mit Herz und Verstand – und da fehlt mir immer die Ebene, wo ich sage, die Politik trennt die Menschen von der Realität. Das darf nicht sein und ich glaube, da sind wir uns beide ganz einig.

Und der dritte Punkt ist: Ich habe mal in einer Ausbildungsklasse gesagt, den Schülern, den Auszubildenden mitgegeben: Ihr wisst gar nicht, was ihr da macht, seid ihr euch eigentlich bewusst, dass ihr einen Beruf erwählt habt, der ist immer sozial-politisch. Seid selbstbewusst, geht in die Altenpflege oder besetzt dieses Thema mit Selbstbewusstsein, mit Ästhetik, mit Wertschätzung. Diese Thematik „Altwerden“ hat immer diese Gleichbedeutung mit Krankwerden, Hinfälligwerden, man sagt auch in der Soziologie alt werden ist weiblich, krank werden ist weiblich, Armut ist weiblich – Pustekuchen, wir sehen das Gegenteil. Aber: (o.k. ich höre auf) – Ich möchte Sie so ermutigen, Herr Tillmann, dass Sie das in die Wege leiten und dass der Seniorenrat nicht Kummerkasten ist, sondern zentrale Ideenbörse für uns alle und für mich auch. *(Beifall)*

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:
Schönen Dank, Frau Wimmer.

Karl Heinz Kerkau, Sprecher der Seniorenunion:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, zunächst einmal möchte ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, herzlichen Dank sagen, dass Sie dieses Hearing zustande gebracht haben, vor allen Dingen mit dieser kompetenten Besetzung des Podiums.

Meine Frage auch an die Stadt: Können wir es uns als Stadt Münster erlauben, die zunehmende Lebenserfahrung der Seniorinnen und Senioren und die weitgehend enorme Fachkompetenz einfach – und jetzt möchte ich den Ausdruck von Herrn Vogel gebrauchen – diesen Aktivposten, können wir den einfach so brach liegen lassen? Kann es sein, dass sich Senioren und Seniorinnen anbieten, ehrenamtlich tätig zu sein und man lehnt das ab? Das ist die Frage.

Zunächst einmal: Senioren wollen sich selbst bestimmen! Sie wissen am besten selbst, was ihnen gut tut und diese Selbstbestimmung sehen wir nicht oder diese Interessen sehen wir nicht. Vor allen Dingen hier als Seniorenunion – ich bin Mitglied des Runden Tisches – nicht als eine Tätigkeit für Senioren sondern mit den Senioren. Und das ist auch angesprochen worden, das ist auch angesprochen worden, das findet große Zustimmung hier, auch hier bei uns. Und dann ist

angesprochen worden, das Wort Partizipation. Auch das findet unsere Zustimmung, denn was wir wollen, ist nicht das Sagen haben, sondern Partizipation in seniorenrelevanten Angelegenheiten. Und nun zum Schluss noch eben eine Sache, da wurde das Radfahren erwähnt; ich weiß, das münstersche Mädchen und münstersche Jungs heute noch mit dem 4. Lebensjahr beginnen mit dem Fahrrad zu fahren. Und ich selbst darf sagen, ich habe das mit dem Kindergartenzeitalter gelernt und fahre heute noch durch die Stadt Münster gern mit dem Fahrrad und manche sagen mir, das wäre manchmal ein bisschen zu rasant. (*Beifall*)

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:
Schönen Dank, Herr Kerkau!

Frau Dunker:

Ich möchte einmal ein ganz praktisches Beispiel bringen hier in Münster, deren Belange nicht berücksichtigt werden. Ich nehme an, die meisten sind hier aus Münster und die kennen auch die Goldene Brücke am Aasee. Da ist eine Bushaltestelle; wenige Schritte daneben geht eine Treppe runter zum Aasee; und da hält der Wasserbus Prof. Landois. Ab nächstes Jahr wird das voraussichtlich nicht mehr so sein. Wir alle oder ich hoffe jedenfalls, alle wissen, was da geplant ist. Die Aasee-Verriegelung bzw. der Gastronomieriegel; dann kommt nämlich der Wasserbus da weg, der kommt ca. 100 Meter weiter an die Bastion. Und an der Bastion kann man schlecht eine Bushaltestelle einrichten. Also die alten Leute, Gehbehinderte, können nicht mehr eben wenige Schritte die Treppe runter oder meinetwegen auch den Fahrweg, das sind vielleicht auch 10 – 20 Meter, laufen, sie müssen 100 Meter laufen, neben dieser Betonverriegelung vorbei zum Aasee-Wasserbus. Da werden die Belange der Senioren nicht berücksichtigt, auch nicht die Belange der Gehbehinderten, also der Wasserbus ist dann nicht mehr in der Nachbarschaft der Bushaltestelle.

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:
Schönen Dank, Frau Dunker!

Frau Peus-Bisping:

Ich rede rein als Privatperson, Sprecherin von niemand und nichts und möchte mich nach diesem sehr gelungenen Hearing, finde ich, aus drei Gründen eindeutig für eine direkt gewählte Seniorenvertretung einsetzen.

Es wurde immer wieder gesagt, generationenübergreifend. Und senioren gerechte Produkte sind auch für Mütter gut, Barrierefreiheit ist auch für kleine Kinder gut und so weiter und so fort. Ich verstehe die Angst des Rates ehrlich gesagt nicht, dass eine direkt gewählte Seniorenvertretung ganz überwiegend und sehr einseitig Vertretung von Senioren sein könnte auf Kosten der anderen Bürger. Das muss absolut nicht sein; ich denke, die Angst ist wirklich völlig unberechtigt. (*Beifall*)

Das Zweite war auch eben von den Vorrednerinnen noch mal wieder aufgenommen, das realistische Altersbild, die Wertschätzung des Alters – ich brauche das nicht alles zu wiederholen. Ich glaube, diese Dinge sind im Bewusstsein der Bevölkerung noch nicht vorhanden oder nicht genügend vorhanden. Und eine direkt gewählte Seniorenvertretung könnte das bei den Gleichaltrigen wesentlich besser deutlich machen als den Zustand, den wir jetzt haben.

Und damit das Dritte, das war für mich das Wichtigste, weil es sich, glaube ich, durch alle Beiträge ja zog: Die Partizipation, die Mobilisierung der Senioren, Aktivierung und wie das alles so schön heißt. Dieses kann ganz eindeutig durch von den anderen Senioren legitimierte Vertreterinnen und Vertreter viel viel besser geschehen als durch den jetzigen Seniorenrat. Ich hoffe, ich trete niemandem zu nahe, aber ich bin sicherlich nicht die einzige hier im Raum, die beim allerbesten Willen, bei allem gesellschaftspolitischen Engagement nicht sagen kann, wie sich der jetzige Seniorenrat zusammensetzt und das finde ich ausgesprochen traurig. – (*Beifall*)

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:
Schönen Dank, Frau Peus-Bisping!

Dr. Tillmann:

Ich darf vielleicht auch für den Rat – wahrscheinlich wird das aber gleich ohnehin auch noch deutlich werden – sagen, es geht hier nicht um eine undifferenzierte Angst des Rates vor zunehmender Einflussnahme von außen. Es geht darum, dass wir in Münster den Prozess der Willensbildung so organisieren müssen, dass wir ihn nicht nur als Diskussionsprozess begreifen, sondern auch als Vorbereitung von Entscheidungen, d.h. als einen Prozess, der systematisch ablaufen muss, der auch ein Anfang und ein Ende haben muss und der ein Ergebnis haben muss, in dem sich dann auch tatsächlich verschiedene Milieus der Stadt wieder finden. Darum geht es. Es ist im Prinzip ein sehr ehrlicher Informationsbedarf in Richtung Seniorenvertretung, um zu wissen, was passiert hier, was passiert hier nicht, wie können wir das machen. Das will ich aber nur vorweg sagen.

Roswitha Richard-Regge:

Ich bin eine Jungunternehmerin aus Ahlen und bin die erste deutschland- und europaweit gewesen, die sich mit einem Seniorenservice-Dienstleistungsunternehmen selbständig gemacht hat. Ich kam auf die Idee durch meine 30 Jahre Erfahrung in der Altenpflege. Ich wollte erreichen, dass Menschen zu Hause alleine leben können und versorgt sind und nicht angewiesen sind darauf, Bittsteller zu sein auf irgendwelche Organisationen. Jetzt geht mein Anliegen dahin: Ich habe mit Frau Merkel, ich habe Korrespondenz von Frau Merkel, von Herrn Rüttgers usw. von allen, die es angeht. Ich bin mittlerweile nach über 5 Jahren soweit gekommen, dass ich erreichen möchte, dass die 205 € für Sachleistungen, die den Menschen erst zustehen in Pflegestufe 1, dass die jedem zugestanden werden, egal in welchem Alter, wenn er einmal Hilfe braucht. Das möchte ich erreichen. Ferner möchte ich erreichen, dass es deutschland- und europaweit Dienstleistungsunternehmen gäbe, die sich neben dem häuslichen Pflegen und mit dem häuslichen Pflegen Hand in Hand zusammen arbeiten. Als Drittes möchte ich erreichen, dass der medizinische Dienst nicht alleine die Oberhand über die Menschen und die Bedürfnisse der Menschen hat, sondern dass der Hausarzt und ein Facharzt da mit zu entscheiden haben. Das sind meine Anliegen, die ich heute hier einmal vortragen möchte und ich überlasse dazu die Unterlagen vorne dem Gremium. Recht herzlichen Dank! (*Beifall*)

Oberbürgermeister Dr. Bertold Tillmann:
Herzlichen Dank!

Herr Sölken:

Felix Sölken, Mitglied der ZWAR -Gruppe aus Coerde einerseits und andererseits Mitglied einer politischen Partei, der FDP.

Deshalb meine Frage an Frau Hunecke aus Bielefeld. Sie haben gesprochen von den 13 gewählten Mitgliedern in Ihrer Seniorenvertretung. Einer der Haupteinwände gegen Seniorenvertretungen ist ja doch wohl, wenn ich die Pressediskussion verfolgt habe auch in meiner Partei, derjenige, dass man sagt, eine Seniorenvertretung kann ja eigentlich nur Abklatsch sozusagen der politischen Situation in der Stadt sein – umgerechnet auf die alten Leute. Deshalb meine Frage, wie ist das eigentlich bei Ihnen in Bielefeld, gibt es da einen Wahlkampf, gibt es da einen speziellen Tag, wann gewählt wird, ich habe das so verstanden, als ob sie tatsächlich an einem Extra-Tag gewählt haben. Geht das schriftlich, gibt es eine Auseinandersetzung mit/unter den Kandidaten, dass sie sich politisch oder wie auch immer vorstellen, wie ist überhaupt der Einfluss der Parteien in Ihrer Seniorenvertretung?

Frau Hunecke:

Wie ich sagte, haben wir 2 Legislaturperioden gehabt als Delegiertenwahl und die letzten beiden Legislaturperioden waren in Urwahl. Ich persönlich bin in der 2. Legislaturperiode in Urwahl dabei, so dass ich beide Vorwahlgänge mitgemacht habe. Ich möchte mich jetzt aber auf den letzten Wahlgang beziehen. Im letzten Jahr stand die Neuwahl des Seniorenrates der Stadt Bielefeld an. Es wurde aufgerufen, der Termin wurde festgelegt. Der erst musste verschoben werden, weil Bielefeld eine Nachwahl des Oberbürgermeisters hatte, so dass unser Termin, d.h. der Termin der Neuwahl auf den 12. Dezember 2004 datiert wurde. Bedingt dadurch, dass wir in Urwahl gewählt haben, wurden eben diese 84.665 Personen über 60 Jahren in Briefwahl aufgefordert, die Wahl zu gestalten, d.h. an der Wahl teilzunehmen. Im Vorfeld war es so, dass wir 24 Kandidaten und ihre Stellvertreter hatten. Diese 24 Kandidaten wurden von dem Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld

eingeladen ins Rathaus. Jeder gab sein Kurzstatement ab, was er macht, also so drei Fragen für die Presse mit einem Passfoto und er stellte sich zusätzlich noch mal während dieser Vorstellung vor, also während dieser Veranstaltung vor. Die Presse war anwesend, hatte die Möglichkeit zu fragen, tat es aber nicht näher, weil jeder eben seine Fragen vorher schriftlich hatte. Dann wurden diese 24 Teilnehmer an der Seniorenratswahl in der Presse laufend veröffentlicht. Da waren dann die großen Seiten in der Zeitung: Der neue Seniorenrat wird gewählt und es stellen sich zur Wahl 1,2,3,4,5 und dann der jeweilige Stellvertreter dazu. Zwischenzeitlich hat das Wahlamt der Stadt Bielefeld die Unterlagen fertiggemacht, hat sie fristgerecht den Haushalten zugeschickt, so dass dann die Menschen, die zur Wahl aufgerufen waren, sich anhand der Bilder noch einmal und der Namen, die da aufgeführt waren, informieren konnten und sie haben dann ihr Kreuzchen gemacht. Es gab die Möglichkeit, bis zu drei Kreuze, also drei Personen konnten auf einem Zettel angekreuzt werden. Wahlberechtigt waren wie gesagt 84.665 Personen, gewählt haben 28.136, das war 33,2 %. Unser Oberbürgermeister Herr David hatte vorher die Losung ausgegeben, er ist glücklich, wenn er 33 % erreicht. Wir haben 33,2 % erreicht, also war er mehr als glücklich. Ungültige Stimmen waren 162, gültige Stimmen waren somit 75.824 abgegebene Stimmen – bedingt, dass jeder bis zu drei Stimmen abgeben konnte. Also eine ganz legitime, ganz legale Sache. Am 12. Dezember war die Wahl, dann kamen die Weihnachtsferien und im Januar wurde dann der Seniorenrat vorgestellt und es wurde dann auch die konstituierende Sitzung abgehalten. Also genau wie in jedem normalen Wahlvorgang.

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:
Schönen Dank, Frau Hunecke!

Dr. Tillmann:

Darf ich fragen, gibt es von unserer Seite hier noch Anmerkungen, sonst würde ich in die zweite Runde gehen.

Frau Eifert auf die Frage eines Vorredners:

Barbara Eifert:

Frage: Spiegelt eine solche Seniorenvertretung nicht genau die Politik wider oder das, was im Rat stattfindet. Dazu würde ich ergänzend zu dem, was Frau Hunecke jetzt ausgeführt hat, nochmals sagen, dass diese Unabhängigkeit der Seniorenvertretung eben nicht an den Rat oder an die Parteien gebunden zu sein scheint. Es ist ja ein ganz wichtiges Pfund von Seniorenvertretungen, jedenfalls so wie die Landesseniorenvertretung es sich wünscht und definiert, eben genau davon unabhängig zu sein. Die Kollegin Rohleder hat auch dazu ja ausgeführt, dass das wahrscheinlich auch ein Grund dafür ist, dass es nicht so diese schon festgefahrenen Strukturen gibt wie in anderen Organisationen, einfach dadurch, dass es da Traditionen gibt, dass auch Frauen in starkem Maße da vertreten sind und nicht nur, weil das Alter weiblich ist, weil es eben immer noch mehr ältere Frauen als Männer gibt, sondern eben wahrscheinlich auch, weil die Strukturen offener sind. Also Stichwort: Unabhängigkeit von Seniorenvertretung, das wollte ich nochmals unterstützen.

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:
Schönen Dank, Frau Eifert!

Matthias Gruber:

Matthias Gruber – Krankenpfleger – Studium Betriebswirtschaftslehre

Sicherlich ist das, was viele alte Menschen erleben, in dieser Gesellschaft nicht so schön. Auch ich in der Krankenpflege kann davon ein Lied singen. Aber die Frage ist ja letztendlich, was hat das mit der Seniorenvertretung zu tun. Also ich denke mir, eine sehr spannende Frage, die wir uns alle stellen sollten, letztlich kostet es ja auch viel Geld. Ich glaube alle, die hier anwesend sind, begrüßen ehrenamtliches Engagement und dass die Senioren sich da auch in dieser Seniorenvereinigung, in dem Verein da engagieren und sie sind ja auch in vielen, vielen Ausschüssen. Also ich weiß das von der Kommission Integration mit Menschen mit Behinderungen, dort sind sie vertreten.

Meine Frage wäre jetzt: Was wollen Sie zusätzlich zu dem Ganzen, was Sie bisher haben, durch dieses erreichen und das würde ich ganz gerne mal im Verhältnis auch zu den Kosten setzen, denn es ist ja schon so, es geht uns allen nicht so gut, in den Kommunen, in den Landesparlamenten und im Bund und das sind ja auch immer – das muss man einfach sagen – auch wieder zusätzliche Kosten die entstehen und ich wollte noch an eine Sache erinnern: Ich glaube wir haben bisher noch keinen Bundeskanzler gehabt unter 60. Danke!

Karl-Heinz Nitz:

Karl-Heinz Nitz – Vorsitzender des Seniorenverbandes BRH, seit über fünfzig Jahren in Münster ansässig. Ich führe den Kreisverband fast 12 Jahre. Ich selbst wohne seit 1952 in Münster und fühle mich als Münsteraner und werde als Münsteraner sprechen.

Ich habe eine ketzerische Frage, Herr Oberbürgermeister. Die ganze Sache – also ich muss sagen, dass man sich so schwer tut, mit dem Antrag des Runden Tisches über die Einrichtung einer Seniorenvertretung. Was andere Städte uns in Vielzahl schon vorgelebt haben sollte für Münster eigentlich selbstverständlich sein. *(Beifall)*. Ich glaube der Rat der Stadt Münster wäre gut beraten, wenn er die Senioren hören würde und in ihre Entscheidung mit einbinden würde.

Nun habe ich eine etwas ketzerische Frage: In Münster wird nämlich gemunkelt, dass es einen Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP gibt, wobei die Forderung der FDP besteht, dass eine Seniorenvertretung in Münster ausgeschlossen wird und zwar ist wohl sehr die Fraktionsvorsitzende gegen die Einrichtung einer Seniorenvertretung. Dankeschön!

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:

Die Fraktionsvorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Frau Möllemann-Appelhoff, ist hier. Sie hat sich gemeldet, sie wird auch gleich zu Wort kommen. Aber ich denke, sie hat Verständnis dafür, dass wir in der Reihenfolge der Rednerliste weiter vorgehen. Ich habe jetzt Frau Garbe auf der Rednerliste:

Anne Garbe:

Anne Garbe für die Arbeitsgemeinschaft 60 plus der SPD:

Ich bedanke mich bei den Expertinnen und Experten, dass sie, wenn schon nicht die Angst dem Herrn Oberbürgermeister genommen haben, so ihm aber doch möglicherweise ein Stück Sorge abgenommen haben, dass eine gewählte Seniorenvertretung in der Stadt den Rat entmachten würde, bzw. ihn aus seiner Verantwortung entlassen würde. Und das ist, wie ja spätestens heute wir alle gelernt haben, offensichtlich nicht der Fall. Ich will noch einmal zum Thema Bushaltestelle kommen, nicht um das Thema zu diskutieren, sondern um einfach zu fragen, und zwar einmal die Frau Eifert, die ja nun auch einen Überblick hat, was in den Seniorenvertretungen der Kommunen an Diskussionen abläuft, was da an Kompromissen auch gefunden wird, wie auch die Vertreterin des Seniorenrates aus Bielefeld. Herr Diekel könnte vielleicht auch noch einen Satz dazu sagen – wie er das für Münster einschätzen würde.

Hätte man dann vielleicht, wenn man eine Seniorenvertretung gehabt hätte, diese in die Entscheidungsfindung mit einbezogen hätte, möglicherweise erreicht, dass die Busse, was viele Menschen ganz angenehm finden, nicht auf dem Prinzipalmarkt halten, sondern am Bült oder an einer anderen Stelle, die Verlegung akzeptiert hätten aber sich möglicherweise dafür eingesetzt hätten, dass das Umfeld, die Ausstattung, dass die Erreichbarkeit dieser Bushaltestelle für ältere Menschen wie auch für Familien und junge Menschen, also für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt angenehmer gewesen wäre. Eine zweite Frage an Herrn Vogel. Herr Bürgermeister, Sie haben erklärt, dass der Rat der Stadt den Seniorenrat gewählt hat. Was hat die Stadt Arnsberg bewogen, durch den Rat wählen zu lassen und nicht die Bürgerinnen und Bürger ihrer Stadt aufzufordern, diese Wahl vorzunehmen.

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:

Vielen Dank, Frau Garbe!

Elfriede Dalla-Riva:

Elfriede Dalla-Riva, Mitglied des Rates:

Ich möchte ganz gerne, es ist davon die Rede gewesen, das, was für Senioren gut ist, ist auch in vielen Fällen für Familien gut. Es war von Barrierefreiheiten mehrfach die Rede. Ich habe häufiger eine andere These schon vertreten, was für Behinderte gut ist, ist auch für ältere Leute gut und für Familien auch gut, für Kinderwagen usw. Meine Frage ist erstmal an die, die mir etwas über Seniorenvertretungen sagen können in der Praxis und in der Theorie. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Behindertenvertretungen, Behindertenkommissionen und Seniorenvertretungen? Entgegen der Ausführung, die ich eben hörte, bin ich persönlich für relativ feste Strukturen, weil man dann auch Interessen besser bündeln und übersetzen kann als wenn es lockerer ist. Das ist aber jetzt meine persönliche Meinung. Aber ich würde ganz gerne gucken, wie auch wissenschaftlich das aufgearbeitet ist, dass solche persönlichen Dinge bis nach oben oder bis zum Rat getragen werden, wie das gehen kann, außer zu den üblichen Instrumenten wie nach der Gemeindeordnung vorgesehenen Anträge. Dazu möchte ich gerne einige Ausführungen haben.

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:
Schönen Dank, Frau Dalla-Riva!

Frau Wessling:

Ich danke erst mal dem Plenum, ich glaube es ist niemand mehr im Raum, der bezweifelt, dass Münster auch eine Seniorenvertretung benötigt. Aber ich darf sagen, Herr Oberbürgermeister, als Sozialdezernent waren sie mir sympathischer. Denn Sie haben damals den Seniorenrat Münster unterstützt. Wir haben die erste Geschäftsstelle von Ihnen bekommen. Die Stadt Münster hat seit über dreißig Jahren eine Seniorenvertretung und zwar in Delegiertenwahl. Sie haben uns damals nach langem hin und her endlich 10.000 DM zugesagt. Und da der Seniorenrat die 10 000 DM bekam, musste er e.V. werden. Nicht, weil er das wollte. Und e.V. heißt immer wieder ein Verein. Dass es nachher anders wurde, tut mir leid. Dass er jetzt zu einem Verein wurde und deshalb unterstütze ich den Runden Tisch.

Trotzdem habe ich die Vergangenheit nicht vergessen. Aber eine Bitte, meine Damen und Herren, habe ich an die Ratsfraktionen, die heute hier sind. Ich bin enttäuscht, wie rückständig Sie sind zur Zeit ihrer Vorgänger. Münsters Seniorenvertretung hat gesagt: Wir sind so lange mit einer Delegiertenwahl zufrieden und erwarten keine Urwahl so lange wir das Gespräch mit den Politikern haben. Die waren weiter als Sie heute sind. Ob es Herr Dr. Fricke von der SPD war als Fraktionssprecher, ob es Herr Dr. Hüffer war von der CDU oder Herr Polenz. Wir hatten immer Ansprechpartner, auch mit Frau Möllemann. Und deshalb kann ich auch heute nicht verstehen, warum Frau Möllemann immer noch dagegen ist. Wir sind Eltern und wir sind Großeltern, wir sind nicht gegen die jüngere Generation. Das muss man sich doch eigentlich mal sagen. Und meines Erachtens ist es doch immerhin noch so, die Probleme die Sie genannt haben, Herr Dr. Tillmann, hätten besser gelöst werden können, wenn man sie mit einem Seniorenrat durchgesprochen hätte und die älteren Menschen hätten den älteren Menschen klar gemacht, warum es gut ist.

Es hätte Sie entlastet als Politiker und wir würden manchen Ärger, den der Politiker bekommt, im Vorfeld schon lösen. Deshalb meine Damen und Herren, die alle hier von der Politik da sind, überlegen Sie, ob Sie sich das leisten können auf eine Seniorenvertretung wieder zu verzichten. – *(Beifall)* – Ich muss noch ein Wort sagen: Hätten wir Frau Pohl weiter gehabt und wäre die nicht Jugendamtsleiterin geworden, dann hätten wir heute kein Jugendparlament, sondern wir hätten ein Altenparlament.

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:
Schönen Dank, Frau Wessling!

Erwin Stroth:

Erwin Stroth, ich habe mit dem Hansahof zu tun – ehrenamtlich. Ich habe eine Frage an die Dame aus Bielefeld. Sie haben lang und ausführlich erklärt, wie solch eine Direktwahl abläuft. Ich würde ganz gerne von Ihnen ganz genau wissen, wie Sie zu Ihren 24 Kandidatinnen und Kandidaten gekommen sind, weil meine Befürchtung immer dahin geht, dass Interessengruppen ob es nun politische Parteien sind, wer auch immer, ihre Leute da reinschieben und das andere nicht zum Zuge kommen. Herzlichen Dank! *(Beifall)*

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:
Es folgt die Beantwortungsrunde.

Frau Hunecke:

Wie wir zu den Mitgliedern des Seniorenrates gekommen sind? Ganz schlicht und einfach durch Aufruf. In dem Seniorenrat sind alle Institutionen vertreten auch als delegierte Mitglieder. Es sind Gewerkschaftsleute, es sind Parteien, es sind Frauen aus der Kirche, es sind querebeete können sie sagen, sind in dem Seniorenrat. Also es ist keine, dass man dieses so unter der Hand – komm mach du, komm mach nix. Offiziell ist gesagt worden, Bielefeld wählt einen Seniorenrat – wer hat Lust? Und somit sind wir querebeete vertreten. Und diese Vielfalt ist es ja auch letztendlich, was uns attraktiv macht, was uns aber auch die Möglichkeit gibt, über Themen aus der verschiedenen Sichtweise aus den verschiedensten Perspektiven heraus zu diskutieren und dann letztendlich zu einem Ergebnis für den Menschen zu kommen. Also von daher ganz legal, ganz legitim und frei.

Eines möchte ich vielleicht zu dem jungen Mann sagen. Sie haben den Preis eines Seniorenrates moniert. Wir in Bielefeld als Großstadt – 320 000 Einwohner – geben für den Seniorenrat im Haushaltsansatz 7 716 Euro aus und pro Monat kostet das der Stadt Bielefeld der Kommune 13 mal 29 Euro. Ich muss sagen, wenn uns das Geld, die Senioren oder überhaupt der Mensch nichts wert ist, dann weiß ich nicht, was das Ganze soll. *(Beifall)*

Die Dame mit der Busverbindung. Natürlich ist das so, dass auch ein Unternehmen – bei uns sind es z.B. die Stadtwerke – dass die rechnen müssen. Die sagen ganz genau, wenn es heißt, in der Politik da und da soll eine Strecke geschlossen werden, dann kommt die Stadtwerke an und zählen. 14 Tage, 3 Wochen wie viel Personen zu jeder Anfahrtszeit einsteigen, aussteigen. Also es wird ganz genau berechnet und dann muss man so fair sein und sagen, es rechnet sich nicht und jetzt kommen wir und sagen, dass es sich nicht rechnet, können wir akzeptieren, denn wir sind alle wirtschaftlich ausgerichtet. Aber gibt es die Möglichkeit, besteht die Möglichkeit, dass die Bushaltestelle ein bisschen verlegt wird, das ein anderer Rhythmus ist, dass man meinetwegen die Zeiten, wo man ganz genau weiß, da und da fahren ältere Personen besonders stark, also die Strecke, die Fahrzeit wird stark frequentiert, dass man da sagt, okay, das muss dann eben angefahren werden. Also das ist dann ein Aushandeln, aber das kann nicht nur der Seniorenrat alleine. Dazu gehören Viele, aber wir mischen da mit, wir mischen uns damit ein und wir haben auch Gehör. – *Beifall* –

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:
Schönen Dank, Frau Hunecke!

Bürgermeister Hans-Josef Vogel:

Ich möchte auf die Frage antworten. Mir fällt in der Diskussion auf, die Sie führen, dass hier direkt und indirekt demokratische Legitimation des Seniorenrates vermischt werden. Ein vom Rat gewählter Seniorenbeirat hat auch eine demokratische Legitimation. Sie ist einerseits indirekt, aber stammt von einem Gremium, das die gesamte Wahlbevölkerung bestimmt hat. Das ist auch eine Qualität, die gesehen werden muss. Wir haben uns für einen vom Rat gewählten Seniorenrat oder –beirat entschieden aus Gründen, die ich zum Teil schon dargelegt habe. Ich möchte sie ergänzen.

Wir in Arnsberg haben uns dafür entschieden: Erstens weil der Rat dann eher an das geht, was der Seniorenbeirat an Vorschlägen unterbreitet, weil er ihn selbst berufen hat.

Zweitens weil wir einen der Doppelstruktur einer Stadt (politische Kommune – Bürgerkommune) adäquaten Seniorenrat wollten.

Und wir drittes dadurch die Möglichkeit haben, auch Menschen zu beteiligen, die nicht von vorneherein – quasi automatisch – gewählt werden. Ich erinnere nur an die Beteiligung von Migranten oder von Menschen, die über bestimmte Kompetenzen verfügen.

Da muss jede Stadt ihren Weg suchen. Wir haben ja auch Erfahrungen im Jugendbereich. Es gibt sehr gute Jugendparlamente, ist gibt aber auch negative Erfahrungen, die zeigen, dass eine direktdemokratische - nur von einem Teil der Wahlbevölkerung - nicht eine, wenn Sie so wollen, Garantie für die Qualität einer jugend- oder übertragen altersgerechten Stadt ist.

Vor dem Hintergrund der demografischen Wandels geht es darum, dass die ältere Generation ihre selbst in die Hand nimmt und zu Lösungen kommt, die wir bis heute in den Städten, Gemeinden und in Kreisen noch nicht erzielt haben. Weil, wir in eine Situation kommen werden, in der wir dringend auf die Mitarbeit der älteren Generation vom Fachwissen her, aber auch ganz praktisch – das kann man dann auch nicht mit Ehrenamt abtun – zurückkommen müssen. Insofern geht es – so meine ich – darum, dass wir Verantwortung wollen, ich sage mal Verantwortungsbereiche den Älteren übergeben müssen, wo die Älteren ihre Dinge eigenverantwortlich angehen und an der Verbesserung der Lebensqualität als Teil von bürgerschaftlichen Allianzen mitwirken. Das ist das vorrangige Thema.

Wir haben bei uns auch die Diskussion: Sollen im Seniorenbeirat Parteien drin sein. Meine persönliche Meinung ist: Wenn das ein Beirat für den Rat sein soll, dann haben Parteien da überhaupt nichts zu suchen, weil wir nämlich gerade keinen Parteienrat für den Rat mobilisieren wollen, sondern auf die Kompetenzen älterer Leuten angewiesen sind und wollen, dass diese von Betroffenen zu Akteuren werden, zu Produzenten und Co-Produzenten ihrer eigenen Angelegenheiten und darüber hinaus.

Und ich würde diese Frage direkt demokratisch oder indirekt demokratisch nicht überspitzen. Das kann man auch alles schrittweise machen. Also wir sind bislang sehr erfolgreich, weil wir eben auch Ältere gefunden haben, die ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen zur Verfügung stellen, die sich aber niemals einer Urwahl stellen würden. Es geht hier auch um Niederschwelligkeit. Das muss man auch berücksichtigen. Es geht um das Ziel, dass ältere Menschen Verantwortung für die Stadt übernehmen und das, was sie für wichtig halten, einbringen können und dass sie dann natürlich auch die Möglichkeiten haben, gehört zu werden. Wenn die eine Stadt diesem Ziel auf die eine Weise näher kommt, die andere aber auf eine davon abweichende genauso effektive Weise, ist das nur legitim.

Deshalb sehe ich die Frage, ob man nun wählt, ob das jetzt alle vier Jahre oder alle zwei Jahre geschieht nicht als entscheidend an.

Sondern das Entscheidende ist, dass wir der älteren Generation neue Verantwortungs-möglichkeiten in den Städten zur Verfügung stellen und zwar im politischen Sektor als Berater, auch als Vertreter eigener Interessen, auch als Kontrolleure wie Sie gesagt haben und sagen, was passiert da eigentlich, aber auch in dem großen Sektor Bürgerstadt, in den Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements, der Bürgergesellschaft.

Auch ein Rat kann nicht einen Beschluss über die Themen, die gerade im Plenum für den Pflegebereich genannt wurden, fassen und dadurch etwas ändern, weil er die Realitäten nicht auf Knopfdruck ändern kann, weil viele Akteure heute mitwirken.

Es geht also immer mehr um die Bildung von Allianzen außerhalb der politischen Kommune, um das Gewinnen engagierter Menschen, die dann bei den verantwortlichen mitarbeiten und dadurch auch Trägerwissen und Trägerverhalten verändern. Ich glaube dann erreichen ältere Menschen sehr viel, wenn sie selbst zum Beispiel in die Krankenhäuser gehen, sich mit der Situation Älterer in den Krankenhäusern beschäftigen, eine Umfrage machen, untersuchen warum zu wenig ältere die Patientensprecher einschalten, mit den Geschäftsführern der Häuser sprechen. Das kann ein Rat durch Beschlussfassung kaum schaffen. Die Möglichkeiten, die Sie außerhalb politischer Institutionen haben, und darauf will ich hinweisen, sind meiner Ansicht nach mindestens genauso groß, wenn nicht sogar viel größer. Und das müssen wir gemeinsam organisieren, das muss politische Kommune unterstützen, ja einwerben. Und deshalb sollte man die Bereiche auch nicht auseinander definieren, sondern das entscheidende Thema ist, dass die Bereitschaft der Älteren –

ich sehe das ja hier – da ist und es wäre wirklich verrückt, wenn wir sie nicht gemeinsam nutzten.
(Beifall)

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:
Schönen Dank, Herr Vogel!

Barbara Eifert:

Zusammenarbeit von Seniorenvertretungen und Behinderten. Auf der Landesebene gibt es diese Zusammenarbeit alleine, weil die Seniorenvertretungen so wie die Behindertenverbände, die Landesarbeitsgemeinschaft im Landespflegeausschuss zusammenarbeitet und da auch die Betroffenen vertritt. Da gibt es das und in den Kommunen gibt es das nicht durchgängig, aber es gibt es vereinzelt. Konkretes Beispiel: Im letzten Monat eine große Messe in Lünen „Seniorenvertretungen mit den Behinderten“:
Es gibt also diese Zusammenarbeit!

Kosten: Die Seniorenvertretungen, die 121 die es gibt, machen eine reiche Palette an Arbeiten, die sie einbringen in die Kommunen. Aber auch ein ganz konkretes Beispiel: Seniorenvertretungen sind ja laut Landespflegegesetz in den Pflegekonferenzen vertreten. Das ist das einzige Gremium wo es gesetzlich verankert ist. Und wenn sie da mitwirken, können die natürlich auch an vielen Dingen mitwirken in einer Pflegekonferenz – ich sage Stichwort Prävention – die letztendlich zu Kostensenkungen führen. – Eine Antwort auf viele andere Fragen!

Prof. Dr. Christiane Rohleder:

An beiden Punkten von Frau Eifert würde ich gerne ansetzen. Fangen wir nochmals mit den Kosten an. Es ist sicherlich so, Sie haben thematisiert, es gibt schon eine große Beteiligung in vielen Gremien. Meiner Ansicht nach würde durch eine Seniorenvertretung diese Beteiligung aber noch mal nach innen wie nach außen auf eine andere Basis gestellt. Ich habe mich gefragt, würde ich mich als älterer Mensch an einen Runden Tisch für Seniorinnen und Senioren in Münster wenden, wenn ich ein Anliegen habe oder an eine Seniorenvertretung, wo im Namen schon enthalten ist, dass hier ein Gremium ist, das meine Interessen im Rat vertreten wird. Umgekehrt ist es auch bei der Arbeit von Seniorenvertretungen wichtig, sich mit den Rahmenbedingungen für diese Arbeit zu beschäftigen. Diese Studie des Institutes für Gerontologie ist leider die einzige jetzt, die sich umfangreich einmal damit beschäftigt hat, wie sieht denn überhaupt die Arbeit von Seniorenvertretungen aus in Nordrhein-Westfalen. Das ist sehr unterschiedlich und hängt eben auch stark davon ab, welche Möglichkeiten, Mitwirkungsmöglichkeiten den Seniorenvertretungen in der Kommune dann eingeräumt werden.

Manche Seniorenvertretungen dürfen nur bei den Seniorenthemen einmal im Sozialausschuss mitsprechen. Ansonsten nicht. Effektiver sind die Seniorenvertretungen, die tatsächlich auch die Möglichkeit haben, sich in unterschiedlichen Ausschüssen – denn Alter ist ein Querschnittsthema und nicht nur auf das Soziale zu beschränken – zu beteiligen und eine gewählte Seniorenvertretung hätte nach innen, auch also im Hinblick auf die Beteiligung im Rat, eine andere Legitimationsbasis. Aber die Effektivität hängt natürlich auch davon ab, welche Mitsprachemöglichkeiten dann der Rat in welchen Ausschüssen dieser Seniorenvertretung einräumt.

Damit sind wir bei einem Punkt, den wir noch gar nicht angesprochen haben. Es gibt natürlich auch Qualitätsanforderungen an die Seniorenvertretungen. Es ist ja nicht nur eine einseitige Geschichte im Sinne, dass der Rat den Senioren etwas bieten soll, sondern umgekehrt auch die Frage, welche Anforderungen sollte eine gute Seniorenvertretung erfüllen. Da ist sicherlich eine Anforderung, sich eben nicht als geschlossene Gesellschaft zu generieren, sondern dass die Seniorenvertretung sich viele Gedanken darüber machen muss, wie sie interessierte ältere Bürgerinnen und Bürger an ihrer Arbeit beteiligen kann und wie sie auf diesem Wege eben auch die Interessen älterer Bürgerinnen und Bürger in ihrer Vielfalt vertreten kann. Gerade auch die Interessen der Gruppen, die Schwierigkeiten haben, sich selber zu vertreten, wie z.B. Hochbetagte – das hat Herr Diekel aber schon angesprochen – über die Mitarbeit in den Heimbeiräten oder auch die Interessen ausländischer Seniorinnen und Senioren, dass es natürlich auch ein Wunsch wäre an die Seniorenvertretung, sich offen für diese Gruppe zu erweisen, auf diese Gruppen auch

zuzugehen. Diese Offenheit betrifft dann eben auch Fragen der Generationengerechtigkeit und die Bereitschaft, sich mit den berechtigten Ansprüchen der jüngeren Generation auseinanderzusetzen – das haben wir hier aber auch schon angesprochen – auch an diesen Punkten Qualitätsmerkmale zu erfüllen.

Dies wäre schließlich der zweite Schritt sich darüber auseinanderzusetzen, welche Strukturmerkmale müsste denn die zu gründende Seniorenvertretung haben. Aber dann ist sie sicherlich nach innen wie nach außen eine bessere Anlaufstelle für die Anliegen älterer Bürger als im Moment ein Runder Tisch und auch als im Moment einzelne sachkundige Einwohner. Bei denen würde ich mich als älterer Bürger vielleicht fragen, kann ich die ansprechen, sind die legitimiert, wie sind die legitimiert, als wenn ich wüsste, es gäbe eine Seniorenvertretung, die hat feste Sprechzeiten und macht sich auch in der Öffentlichkeit über Öffentlichkeitsarbeit präsent.

Letzter Punkt zur Zusammenarbeit von Behindertenvertretungen und Seniorenvertretungen. Da gibt es eben leider auch meines Wissens keine wissenschaftlichen Studien zu diesem Bereich. Wie es insgesamt zu diesem Bereich eben nicht viele Studien gibt, die sich intensiv damit beschäftigen, welche Leistungen und Erfolge vorparlamentarische Interessenvertretungen für die Kommune haben. Bleibt zu hoffen, dass es sich in Zukunft ändern wird.

Oberbürgermeister Dr. Tillmann:
Danke, Frau Dr. Rohleder!

- jetzt noch 7 Wortmeldungen -

Werner Hoffmann:

Werner Hoffmann am 11.2.1920 geboren, also 85 Jahre alt. Mein Anliegen ist – ich habe einen Helm aufgesetzt. Ich fahre seit vielen Jahren mit Helm. Ich bin Kraftfahrzeugingenieur. Aber ich neige zum Sekundenschlaf und ich packe kein Auto mehr an. Aus meiner Nachbarschaft ist ein Fahrradfahrer mit einem anderen Fahrradfahrer zusammengestoßen und so schlecht gefallen, dass er 3 ½ Monate in Koma lag. Meine Söhne schenken mir diesen Helm mit der Bemerkung: Das, was ich unter dem Helm habe, das wäre an mir das Wertvollste. Ich bitte alle, tragen Sie einen Helm.

Carola Möllemann-Appelhoff:

Ja, ich bin ja jetzt mehrfach angesprochen worden. Zuerst einmal kann ich Sie alle beruhigen. Es gibt in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP keine Festlegung wie eine Seniorenvertretung eingerichtet wird. Genau dem Zweck das zu entscheiden, dient das heutige Hearing, das heißt also: Wir wollen uns fach- und sachkundig machen. Zweiter Punkt. Es ist mehrfach das Jugendparlament angesprochen worden. Da möchte ich Sie darauf hinweisen, es gibt eine Gruppe in einer Stadt, die gar nicht vertreten ist, das sind nämlich Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 16 Jahren. Und alle die von Ihnen möglicherweise Enkelkinder in diesem Alter haben wissen – ich weiß es zumindest, weil ich in einer Schule tätig bin – Jugendliche im Alter von 14 und 16 Jahren unterscheiden sich vollständig, von dem was wir früher gewesen sind. Wir sind Kinder gewesen, die von den Eltern geleitet wurden, heute sind 14- und 16-jährige junge Menschen bereit, an der Gesellschaft mitzuwirken, für ihre eigenen Probleme auch Lösungen aufzuzeigen. Und genau diesen Jugendlichen möchten wir ein Mitspracherecht in einem Jugendparlament geben und ich betone ausdrücklich bis zum 16. Lebensjahr. Diejenigen die bei Kommunalwahlen wahlbeteiligt sind, haben auch beim Jugendparlament keine Wahlmöglichkeit nach unserer jetzigen Vorstellung.

Dritter Punkt: Frau Wessling hat Gott sei Dank angesprochen, dass es in Münster ja nicht so ist, als hätten wir keine Seniorenvertretung gehabt. Frau Wessling, das kann ich sagen, ist eine ausgesprochen streitbare, unglaublich engagierte Vertretung ihrer Interessen gewesen. Da konnte man die Senioren nur beglückwünschen so eine hoch qualifizierte, engagierte Frau gefunden zu haben. Und wir haben auch jetzt engagierte sachkundige Bürger.

Jetzt kommt ein ganz wichtiger Punkt: In allen Ausschüssen in denen diese mitarbeiten wollten – in allen Ausschüssen – und die Senioren machen auch ihr Wort bei Themen, die keine klassischen Senienthemen sind. Und der eigentliche Punkt ist ein Punkt, über den heute Abend permanent weggeredet worden ist. Alle von Ihnen kennen das Thema Aasee-Terrassen. Alle von Ihnen kennen das Thema Verlegung der Bushalte-Stellen vom Prinzipalmarkt zum Bült. Bei einer solchen Abwägung von Interessen müssen im Rat völlig unterschiedliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden, die dann letztendlich zu einer Entscheidung geführt werden. Und die Aasee-Terrassen beinhalten mehr als die Verlegung einer Bushaltestelle oder die Verlegung der Anlegestelle für den Bus für den Wasserbus. Mir geht es darum, ein Stück Zukunft auch für unsere Stadt zu gestalten. Und ich kann für unsere Fraktion zumindest nur sagen. Wir haben zwei Senioren in der Fraktion über 60, Hans Varnhagen und Wolfgang Klein, die ganz engagiert in jeder einzelnen Sachfrage mitdiskutieren und zwar beim Kindergarten genauso wie bei der Behindertenpolitik. Und lassen Sie sich eines zumindest sagen, und das zum Abschluss eines ganz ernsthaft auch aus unserer Sicht, möchten wir anmerken: Die größte Gefahr in unserer Gesellschaft besteht im Moment darin, dass wir zerfallen in Interessengruppen. Und wenn wir dieses zulassen und dieses tun, dann bleiben möglicherweise die auf der Strecke und das sind Sie, die ihr Leben lang malocht haben für ihr Alter und heute – ich sage es ganz offen – vorgehalten bekommen, dass sie im Grunde genommen Kostenfaktoren in einer Krankenversicherung sind, in der Rentenversicherung, in allen möglichen in der Pflegeversicherung. Sie haben das verdient, weil Sie eingezahlt haben und wenn die Politik zu kurzfristig gewesen, ist keine Rücklagen zu bilden für alle möglichen Sachen, dann ist es nicht Ihre Schuld. Aber wir müssen alle Probleme der Zukunft gemeinsam in einer solidarischen Gesellschaft lösen und nicht Interessengruppen die gegeneinander kämpfen. Das ist unser Anliegen, wenn wir darüber entscheiden, wie wir die berechtigten Interessen der Senioren in Münster zu Geltung bringen wollen.

Herzlichen Dank!

Herr Sumbeck:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ich lebe seit 1960 in Münster und von Tag zu Tag lieber und ich muss ganz offen gestehen in den 45 Jahren wächst die Liebe zu dieser Stadt immer noch und in der Zwischenzeit werde ich von meinen Söhnen, die außerhalb leben, sehr beneidet, in dieser Stadt zu leben. Ich habe mich in all diesen Jahren sehr gut vom Rat der Stadt Münster und von allen, die daran beteiligt waren im weiteren Bereich gut vertreten gefühlt. Ich muss Ihnen sagen, ich bin 78 Jahre alt und erlaube mir, weil ich schon Senior bin, ein bisschen Sachkunde anzubieten.

Wussten Sie, dass man auch im Seniorenalter ganz phantastische Hilfen für seine Stadt leisten kann? Aber ich muss diese Frage eigentlich noch mal begründen. Ich bin seit vielen Jahren sachkundiger Bürger in dieser Stadt. Und ich bin der Meinung, dass, wenn jetzt eine Erweiterung der Ausschüsse über diese Institutionalisierung stattfinden würde; es ist meine Meinung Herr Diekel, und dabei bleibe ich, es ist wirklich so, je größer die Ausschüsse werden, desto schwieriger wird die Arbeit darin. Ich bin auch der Meinung, dass nicht allein Alterserfahrung dahin gehen soll, dass die Ausschüsse, die mit sachkundigen Bürgern besetzt werden, von der Alterserfahrung her vertreten werden, sondern da gehört die Sachkunde hin und Sachkunde können Jüngere und können Ältere haben. Und ich bin der Meinung, darum noch einmal eine Frage: Muss das eine Institution werden?

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:

Vielen Dank, Herr Sumbeck, wenn Sie mir diese kleine Anmerkung gestatten, Sie sind wahrscheinlich nicht der einzige 68er, der kleinere Erinnerungsprobleme hat.

Werner Holz:

Werner Holz, Vorsitzender vom Stadtkomitee der Katholiken in Münster.

Ich möchte da die Bushaltestelle mal als Einleitung sagen. Da hatte die Verdi Einwände gegen diese Haltestelle gehabt und ist nicht eingeladen worden zur Begehung – aber der Seniorenrat und die Behindertenvertreter sind eingeladen worden. So gut, so schön. Ein Drittel der münsterischen Bevölkerung sind im Seniorenalter und wir möchten adäquat vertreten werden, d.h. ich möchte nicht von einem Verein vertreten werden, ich möchte demokratisch vertreten werden, d.h. wir

müssen gewählt werden, so dass wir ein verbrieftes Recht und Senderecht haben in der Hauptsatzung, dass wir die Ausschüsse besetzen können. Dankeschön!

(Beifall)

Beanka Ganzer:

Beanka Ganzer, SPD-Fraktion. Wir sind, glaube ich, die einzige Partei in Münster, die einen Parteitagsbeschluss zu diesem Thema gefasst hat und das, was wir als Partei beschlossen haben, das bindet uns natürlich auch als Ratsmitglieder. Wir haben uns sehr intensiv damit beschäftigt, ob wir eine demokratisch legitimierte Seniorenvertretung in Münster benötigen, ja oder nein? Und wir haben das schon lange getan und wir haben einen Parteitagsbeschluss, der besagt, in Münster soll eine demokratisch legitimierte Seniorenvertretung eingerichtet werden. (Beifall)

Wir haben uns nicht davon ins Bockshorn jagen lassen, von den Argumenten oder von dem, was uns so vorgetragen worden ist, zum Teil das Kostenargument. Wenn ich bedenke, wie viele Entscheidungen wir im Rat treffen, die möglicherweise Fehlentscheidungen sind, weil wir bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht adäquat einbeziehen, dann sind das so kostenträchtige Fehlentscheidungen, die, wenn wir andere Beratung im Vorfeld hätten von Gruppierungen, die uns sagen, überdenkt doch mal die Frage der Buslinienführung, wäre es nicht sinnvoller, das und das so und so zu führen. Diese kostenträchtigen Entscheidungen wären möglich oder Fehlentscheidungen wären möglich zu umgehen, wenn wir eine Vertretung hätten, mit der wir adäquat, ich sage mal in gleicher Augenhöhe auch verhandeln könnten. Wir haben uns auch nicht davon irritieren lassen, dass uns einzelne gesagt haben, aber demokratisch legitimiert, d.h. ja es muss zu einer Urwahl aufgerufen werden, sind plötzlich über 80.000 Menschen möglicherweise in dieser Stadt zusätzlich wahlberechtigt, was kostet denn eine solche Wahl. Das, was wir für uns in den Mittelpunkt gestellt haben, das war das Engagement derjenigen, die sich jetzt auch am Runden Tisch versammelt haben, weil wir gesehen haben, dass es keine Eintagsfliege ist, sondern wir haben gesehen, da gibt es einen reichen Schatz an Informationen, an Wissen und an Menschen, die sich engagieren. Und diesen Menschen möchten wir das Engagement, was sie also im Moment, seit ich glaube über zwei Jahren, an den Tag legen, das möchten wir in dieser verbrieften Form auch zur Geltung bringen, wie gesagt, die münstersche SPD setzt sich ein für eine demokratisch legitimierte Seniorenvertretung und für uns ist es völlig klar, dass wir dieses Anliegen auch weiter im Rat so vorbringen werden, auch wenn heute möglicherweise andere Parteienvertreter sich anders positioniert. Für uns ist es ein wichtiges und sinnvolles Anliegen.

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:

Schönen Dank, Frau Ganzer!

Frau Wiesenack-Hauss:

Ich darf mich als ältestes Mitglied dieses Rats bezeichnen. Ich bin 73 Jahre alt und Mitglied der UWG/ödp-Fraktion. Wir sind auf dem Weg, uns zu entscheiden, wie wir die Senioren in Zukunft politisch positionieren in unserer Stadt. Diese Entscheidung steht noch aus. Dazu habe ich doch noch einen erheblichen Informationsbedarf pragmatischer Art. Und zwar die Frage an Frau Hunecke und Herrn Bürgermeister Vogel. Meine Frage: Wie funktioniert das eigentlich bei Ihnen? Sie haben die sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen, das haben wir am Runden Tisch auch. Diese Senioren haben das Recht, Anträge zu stellen, aber auch Rederecht. Aber sie brauchen, um ihre Anliegen durchzusetzen nun mal die Mehrheit in den Ausschüssen und da haben sie nicht einmal ein Stimmrecht. Sie sind also auf das Stimmrecht der sachkundigen Bürger und Ratsmitglieder angewiesen – das zum einen. Dann frage ich mich, wie setzen Sie eigentlich Ihre Beratungsanliegen in der Kommune durch? Haben Sie z.B. einen Ansprechpartner in der Verwaltung – wenn ja, bei welchem Amt ist das angesiedelt? Meine weitere Frage, wie wirkt sich das stellenplanmäßig aus und ich bitte das jetzt nicht unter dem Gesichtspunkt der Kosten zu sehen, das ist eine rein pragmatische Frage. Und soviel ich weiß, Herr Bürgermeister Vogel, ist Ihre Senioren, ist ihr Seniorenrat, heißt es, glaube ich, ist nicht in Ausschüssen vertreten. Soviel ich weiß, haben Sie im Sozialausschuss einen Vorsitzenden des Seniorenrates, der dort mit Stimmrecht vertreten ist. Die Frage, die bei Ihnen wahrscheinlich ganz anders zu beantworten ist: Wie setzen Sie Ihre Anliegen unmittelbar also setzen die Senioren unmittelbar in der Kommune durch und wie setzen Sie das verwaltungsmäßig um, mit welchem Personalaufwand kommen Sie da den Senioren entgegen?

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:
Schönen Dank, Frau Wiesenack-Hauß!

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:

Meine Damen und Herren, Ich weiß, dass ich jetzt schrecklich ungerecht bin, vor allem denen gegenüber, die sich noch gerne melden wollten. Ich weiß, das ist eine ganze Reihe. Aber wir müssen auch mal zum Schluss kommen, wir können das, wie man so schön sagt, nicht ausdiskutieren durch die ganze Nacht, sondern ich glaube, wir haben jetzt einen Einschätzungspool und eine Grundlage, mit der wir dann auch arbeiten können.

Ich werde gleich sagen, wie es weitergeht. Zunächst habe ich aber die Bitte, und so ist es ja auch Usus bei solchen Veranstaltungen, dass die Damen und Herren auf dem Podium jeweils noch Gelegenheit bekommen, das, was noch zu fragen war oder gefragt worden ist, kurz – soweit man das jetzt kann und möchte – zu beantworten und ansonsten vielleicht ganz kurz jeweils und pointiert aus ihrer Sicht ein kurzes Schlusswort zu sagen und dann versuche ich auch, die Veranstaltung schnell in die Zielgerade zu kriegen.

Heinz Diekel:

Ich möchte gerne einen Appell loswerden an den Rat dieser Stadt. Und zwar folgendes: Mitglieder des Runden Tisches bemühen sich seit mehr als zwei Jahren um die Einrichtung einer überparteilichen kommunalen Seniorenvertretung. Unser Interesse gilt dem vorparlamentarischen Raum. Wenn Sie uns in diesem oder im kommenden Jahr eine kommunale Seniorenvertretung einrichten, genügen uns unsere sachkundigen Einwohner für den notwendigen Einfluss auf die Kommunalpolitik. Die immer wieder befürchtete Interessendominanz wird es nicht geben. Der Rat wird seine Entscheidung wie bisher treffen mit dem Unterschied, dass die Entscheidungen nicht für die Senioren, sondern mit den Senioren getroffen werden. Ein gutes Beispiel ist das Kapitel „Wohnen im Alter“. Wie stellen Sie sich ein Handlungsprogramm „Wohnen im Alter“ für Münster ohne Mitwirkung einer Seniorenvertretung vor? Den Seniorinnen und Senioren gehört ein großer Teil der Häuser und Wohnungen in unserer Stadt, aber sie werden bisher nicht in die Planung der Verwaltung und der Interessengruppen eingebunden. Wir Seniorinnen und Senioren wollen den Rat unterstützen und beraten, indem wir heute und in Zukunft in einem großen Umfang unverzichtbare ehrenamtliche Arbeit leisten. Aber eines, meine Damen und Herren, das alles können Sie nicht mehr umsonst haben. Wir fordern für die Seniorinnen und Senioren in Münster politische Teilhabe in Form einer kommunalen Seniorenvertretung. Die fast kostenlose ehrenamtliche Tätigkeit der Seniorinnen und Senioren ist in Zukunft nur noch zu haben, wenn die Entscheidungen für Seniorinnen und Senioren in Münster, wenn wir die beeinflussen können. Und der erste Schritt dazu wäre eine Seniorenvertretung, eine kommunale Seniorenvertretung. *(Beifall)*

Ruth Hunecke:

Ich bin aufgefordert, ganz kurz zu antworten. Ich möchte ganz kurz dann auch auf Ihre Fragen antworten. Sie haben mich gefragt, also Bielefeld gefragt, wem wir unterstehen. Wir unterstehen direkt dem Oberbürgermeister und sind angegliedert dem Dezernat V, das Amt für Soziales. Bei jeder Sitzung, bei jeder öffentlichen Sitzung die wir haben, sitzen die Personen aus dem Dezernat V und begleiten unsere Arbeit und stehen uns auch zu Fragen, die aus dem Publikum kommen, zur Verfügung.

Jetzt möchte ich noch einmal mit einem Satz auf den Sinn unserer Aufgabe oder unserer – wie Sie es auch immer nennen mögen – eingehen. Vor gut 20 Jahren hat die Stadt Bielefeld einen Altenplan erstellt. Wir haben auf Initiative des damaligen Seniorenbeirates, wir haben gesagt, die Daten stimmen überhaupt nicht mehr, wir wissen eigentlich zu wenig, um nicht sogar zu sagen gar nichts von den Alten und jetzt haben wir beantragt, dass ein neuer Altenplan aufgelegt wird für die Stadt Bielefeld in Zusammenarbeit mit der Kommune. Auf der letzten Sitzung am 21. September d.J. war also unser Chef des Statistikamtes – wir haben ja ein eigenes Statistikamt – der hat uns beraten, der war in der Vorstandssitzung, der hat uns beraten und hat gesagt, das ist eine Superidee. Wir werden also Fragen stellen, zusammen mit dem Statistikamt auswerten und dann

wird ein neuer Altenplan im nächsten Jahr erstellt, der beiden zugute kommt, den Senioren, wir wissen endlich ein bisschen mehr darüber, ein bisschen mehr, wir können in die Tiefe gehen und die Stadt hat den Vorteil, sie weiß, wie sie zukünftig ihre sozialen Aufgaben neu gestalten kann.

Mein Abschlussplädoyer wäre heute an Sie: Bitte entscheiden Sie sich richtig. Die Senioren werden mehr, sie möchten keine Sonderstellung, sie möchten nicht mehr und sie möchten aber auch nicht weniger gefragt werden wie jede andere Bevölkerungsschicht auch. Zu wünschen wäre, wenn es einen generationsübergreifenden Tenor geben könnte, so dass man dann einen ganz neuen Weg geht. Die Alten geben ihr Wissen weiter an die Jugend von heute und ich denke, das ist gesamtpolitisch und gesamtbevölkerungsmäßig wünschenswert. Ich danke Ihnen!

Bürgermeister Heinz-Josef Vogel:

Kurz zur Frage, die aufgeworfen wurde: Braucht man eine Institutionalisierung?

Sie brauchen eine Institutionalisierung dann, wenn Sie das heute brachliegende Engagement der Älteren für eine Stadt und ihre Menschen gewinnen, wenn sie das Potential der älteren Menschen morgen wirken lassen und wenn Sie dadurch Ausgrenzungsprozesse beenden wollen. Nicht nach dem Motto: Was kann die Stadt für uns Ältere tun. Sondern nach dem Motto: Was können wir Ältere für uns selbst und damit für unsere Stadt tun, deren Bürgerinnen und Bürger wir sind.

Wenn es um dieses Thema, dann braucht man auch Institutionen, Instrumente, Verfahren und Unterstützungssysteme. Denn die Bereitschaft zum Engagement setzt bei älteren Menschen besondere Formen der Ansprache, der Unterstützung, auch der Ausgestaltung von neuen Verantwortungsrollen voraus. Da geschieht zu wenig allein, da braucht es organisierter Unterstützungsformen, da bedarf es auch Räume, Infrastruktur und Netzwerke für Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement Älterer.

Es geht – und das ist auch eine institutionelle Voraussetzung – ebenso um die Öffnung der Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Sozialeinrichtungen, Bürgerhäuser für die Teilhabe Älterer.

Deshalb haben wir in Arnsberg auch in den kleinen Stadtteilen – das sind bei uns Dörfer von 1.000 bis 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern – Seniorenräte mit zwei bis fünf Vertretern, die den Menschen bei ihren Alltagsproblemen helfen. Die melden sich auch zu Wort, wenn eine Bushaltestelle verlegt werden soll und dies tatsächlich unzumutbar für Ältere ist. Die kümmern sich auch darum, wer kauft denn für mich ein, wenn ich als alter Mensch ganz alleine lebe? Wenn hoch betagte Menschen alleine leben, die Angst haben, weil sie nicht wissen, ob sie gefunden werden, wenn sie plötzlich sterben. Die regen Umfragen zur Nachfrage nach neuen Formen von Wohngemeinschaften im Dorf an, kümmern sich um Computer-Weiterbildung Älterer vor Ort usw.

Um das zu organisieren in den Stadtteilen, dazu brauchen wir die Älteren und dazu brauchen wir auch die Solidarität und das Engagement der Älteren und daraus erwachsen dann auch die Ratschläge an Rat und Ausschüsse, das zivilgesellschaftliche Engagement Älterer zu fördern. Ich wiederhole: Es ist vielleicht wichtiger, als dass jetzt ein Vertreter der älteren Generation mit über 80 im Rat oder in einem Ausschuss als sachkundiger Bürger sitzt, sondern dass er sie überzeugt, die Sachen selber in die Hand nehmen und solange Ältere es können, sich auch für die Älteren in dieser Stadt, aber auch für die Jüngeren einsetzen und dafür braucht man auch Institutionen, die die Älteren dabei unterstützen, ja überhaupt erst solche Verantwortungsräume öffnen.. (Beifall)

Aber lassen Sie uns doch einmal zum Kern der Sache kommen, zum Kern der Kommunalen Selbstverwaltung: Wir haben in Deutschland ein ganz anderes Problem. Anstatt die Entfaltung der Bürgerkommune – auch als Bürgerkommune der Älteren – voranzutreiben, haben wir in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die politisch-administrative Kommune ausgedehnt, ja vielfach überdehnt. Vergewegenwärtigen wir uns deshalb noch einmal: Die zentralen drei Gründe, die zur Initiierung und Ausgestaltung der Kommunalen Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert geführt haben.

Erstens. Die Stärkung des Verantwortungsbewusstseins und der Verantwortung der Bürgerschaft – und ich füge heute Abend hinzu der Älteren.

Zweitens. Die schnellere, bessere und ökonomische Erledigung der Aufgaben durch die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger sowie die größere Sachnähe und Sachkunde – und ich füge heute Abend hinzu der Älteren –, auch um die, wie es sinngemäß bei Freiherr vom Stein heißt „im Aktenstaub versunkene staatliche Bürokratie aufzurütteln“.

Drittens. Die Bindung der gesellschaftlichen Kräfte an den Staat und die höhere Identifikation mit dem Staat – und ich füge heute Abend hinzu: bei den Älteren sind Bindung und Identifikation bereits hoch. Auch das zeigt der heutige Abend.

Tatsache ist, dass wir ganz entgegen dieser ursprünglichen Zielsetzung die hier notwendige Engagementförderung unter den Bedingungen des Parteienstaates immer weniger mit Leben gefüllt haben. Auch hier formulieren wir wieder am eigentlichen Kern der Sache vorbei und gelangen dabei erneut in die Falle einer Überbürokratisierung, einer Überdemokratisierung. Wenn also die Menschen, und hier geht es uns vor allem um die Älteren, in der Lage sind, für ihre Angelegenheiten selbst Verantwortung zu tragen, selbst für sich aktiv zu sein und die Angelegenheiten der Gemeinschaft im Generationendialog facettenreich mitzugestalten. Dann sollten wir diese Bereitschaft, diese Engagementbereitschaft nicht weiter in unserem Land abwehren. Dann sollten wir diese Engagementbereitschaft entfalten und alle möglichen Wege dafür suchen und sie gehen. Das ist unsere Aufgabe.

Barbara Eifert:

Ja, da möchte ich gleich direkt drauf antworten, Herr Vogel, man kann das eine tun, muss das andere nicht lassen. Also, alles wird gebraucht, also das eine muss man genauso haben wie das andere. Also das ergänzt sich auch im besten Falle. Ich wollte auch noch mal kurz sagen zum Thema „Institutionalisierung“: Dies ist ein freies Land, Gott sei Dank, und so müssen wir das nicht tun mit der Seniorenvertretung. Aber Sie können das hier tun und so ist eigentlich die Perspektive. Das ist eine Chance für diese Stadt, es wird sie nicht lähmen und es wird sie nicht langsamer machen und es wird auch nicht dazu führen, dass Interessen weiter auseinanderdriften. Denn wenn es ein Alter gibt, in dem Interessen zusammenkommen und wo viele Verbindungen entstehen, dann ist es das Alter. Und noch eine Sache dazu: Generationen, da wird oft so abgewogen zwischen Jung und Alt. Wir haben aber viele Generationsbeziehungen zu pflegen. Es geht auch um das Verständnis der 50-Jährigen und der 70-Jährigen, es geht nicht immer nur um Jung und Alt. Da muss man auch mal die Perspektive etwas erweitern. Und zum Schluss kann ich nur noch mal sagen: Es ist eine Chance für diese Stadt, Zukunft braucht Herkunft und alles Neue braucht das Alte und deswegen: greifen Sie diese Chance, nutzen Sie die Chance und machen Sie eine Seniorenvertretung! *(Beifall)*

Prof. Dr. Christiane Rohleder:

Vielleicht abschließend noch ein paar Worte zu der Frage: Kommt es zu einer Kommune, in der dann nur noch zersplitterte Interessenvertretungen und nicht mehr ein gemeinsames Gremium nach Lösungen sucht?

Wir sollten uns vor Augen führen, dass die Lebenslagen in modernen Gesellschaften immer pluralistischer werden und dass einzelne Ratsmitglieder vielleicht auch nicht immer den Überblick über alle Interessengruppen haben und die Konsultation und Einbindung von Interessengruppen, und zwar nicht mit Stimmrecht, sondern nur mit Rede und Anhörungsrecht könnte dazu führen, dass Entscheidungen vielleicht langsamer, dafür aber auch auf einer breiten Basis erfolgen und dementsprechend weniger Fehlentscheidungen zu revidieren sind zu einem späteren Zeitpunkt. Und das ist auch eine Chance und eine Bereicherung. Ich möchte auch noch mal vom Anfang aufnehmen, es geht nicht nur um eine altersspezifische Interessenvertretung, sondern um mehr Formen der direktdemokratischen Beteiligung für alle, für unterschiedliche Interessengruppen. Das sind einmal die Seniorenvertretungen, die es zu fördern gilt, aber sicherlich sind auch Kinderparlamente wichtige Ansatzpunkte, um auch diese Gruppe stärker einzubinden. Man sollte nicht das eine gegen das andere ausspielen, das wäre fatal – darum geht es nicht.

Das Zweite, das wir noch mal sehen sollten, dass Seniorenvertretungen diese wichtige Vermittlungsfunktion in die Gruppe der älteren Bürger und Bürgerinnen hinein haben können. Das bedeutet, Entscheidungen des Rates dadurch, dass man den Prozess mitbekommen hat, auch wieder an die Seniorinnen und Senioren der Stadt zu vermitteln und dadurch für bestimmte Entscheidungen und für die Tatsache, dass Entscheidungen eben unterschiedliche Interessen berücksichtigen müssen, Verständnis in der älteren Bevölkerung geweckt werden kann. Also diese wichtige Funktion, in die Bürgerschaft älterer Seniorinnen und Senioren hinein, ist mir hier noch zu wenig betont worden. Es geht ja nicht nur darum, in den Rat hinein Forderungen zu stellen, sondern umgekehrt dadurch, dass man an Prozessen beteiligt ist, auch Entscheidungen wieder zu vermitteln an die ältere Bürgerschaft. Da sehe ich auch eine Chance. (Beifall)

Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann:

Meine Damen und Herren,
mit einer leichten Verspätung von einer $\frac{3}{4}$ Stunde, kommen wir jetzt zum Schluss. Ich darf zunächst einmal Ihnen allen ganz herzlich danken. Sie haben mir die nicht einfache Aufgabe der Moderation bei diesem doch sehr großen Auditorium sehr leicht gemacht. Herzlichen Dank dafür. Das war nicht selbstverständlich. Ich bedanke mich zweitens auch für die Sachlichkeit der Diskussion und auch für die sehr große Sachbezogenheit Ihrer Fragen und Statements. Zum dritten bitte ich um Verständnis dafür, dass ich jetzt wahrscheinlich den einen oder die andere nicht mehr habe zu Wort kommen lassen können. Ich habe das eben schon mal gesagt, ich bitte dafür um Verständnis aber ich glaube trotzdem, das Grundanliegen ist transportiert worden.

Ich möchte mich, meine Damen und Herren hier auf dem Podium, ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Diekel, dass Sie sich zum Sprachrohr der Senioren gemacht haben heute Abend, dass Sie das Anliegen der Seniorenvertretung auch so pointiert auf den Punkt gebracht haben.

Ich bedanke mich bei Ihnen Frau Hunecke, für die sehr – wie soll ich sagen – reflektierte, auch ins Einzelne gehende Darstellung dessen, was Sie in Bielefeld machen, warum Sie das machen, was davon übertragbar sein könnte und was vielleicht nicht und dass Sie auch Ihre Erfahrungen aus der Landesseniorenvertretung haben einbringen können.

Ich bedanke mich bei Ihnen Herr Kollege Vogel, wir kennen uns schon lange und wie Sie wissen, kenne ich Arnsberg sehr gut. Ich kann das alles sehr gut – glaube ich – einordnen, was Sie dort tun und ich kann Ihnen sagen, Arnsberg ist eine kommunalpolitisch außerordentlich innovative Stadt. Das sollten Sie nicht nur als Kompliment von mir, sondern aus Münster insgesamt mitnehmen. Herzlichen Dank dafür.

Dann bedanke ich mich natürlich auch bei Ihnen, Frau Eifert, und bei Ihnen, Frau Professor Rohleder, Sie haben klargestellt, in welchen wissenschaftlichen, auch konzeptionellen Zusammenhang die Dinge gehören, die wir heute als Praxisberichte dargestellt bekommen haben. Ich glaube, wir haben auch eine ganz gute Fundierung für das, was wir hier zu entscheiden haben.

Meine Damen und Herren,
damit beende ich jetzt meine Rolle als Moderator. Und jetzt möchte ich noch drei Sätze als Oberbürgermeister sagen. Das ist mir – ganz kurz und knapp – wichtig:
Bei aller Auseinandersetzung um die Frage einer Seniorenvertretung möchte ich bitten, dass eins nicht vergessen wird – und das sage ich jetzt als OB, der mal 10 Jahre Sozialdezernent in dieser Stadt war.

Wir sind eine Stadt, meine Damen und Herren, mit einer außerordentlich aktiven Bürgerschaft. Mit einer bürgerschaftlichen Aktivität, die, gemessen an der Stadtgröße, eine Sensation ist. Mit Bürgerinnen und Bürgern, die sich in ganz besonderem Maße für diese ihre Stadt engagieren. Und es gehört zu den Konstanten der Kommunalpolitik in Münster, auch die Bürgerschaft in ihrer ganzen Pluralität und in ihrer ganzen Milieuviefalt auch am kommunalpolitischen Prozess der Willensbildung zu beteiligen.

Dafür haben wir in den letzten Jahrzehnten viele Verfahren entwickelt, die auch tragfähig waren, tragfähig sind und im Bereich der Senioren offensichtlich an einer Stelle sind, an der man über die Frage nachdenken muss, ob und inwieweit die alte Form des alten Seniorenrates, so wichtig er war, jetzt für die Zukunft transformiert werden kann.

Es liegt mir aber auch sehr stark daran, zu betonen, dass wir in Münster eine Stadtgesellschaftspolitik haben – und zwar quer durch die Fraktionen – die einen hohen Konsens hat, die auch eine sehr sehr hohe Bereitschaft dazu hatte und hat und auch weiter haben wird, sich mit den Akteuren aus der Bürgerschaft im Dialog auch auseinanderzusetzen.

Und jeder weiß, Kommunalpolitik ist Dialog, Kommunalpolitik ist Bodenturnen, Kommunalpolitik ist nicht die Pirouette unter der Zirkuskuppel, wo alle sagen, bravo, was hat der schön da oben rumgeturnt – nein, da müssen wir alle miteinander versuchen, diese Stadt weiterzubringen.

Das haben wir in den letzten Jahren auch hinbekommen und ich möchte auch, dass – (das ist mein Beitrag zur Relativitätstheorie, wir sind ja in diesem Jahr im Einsteinjahr) – dass wir bitte, das, was wir hier in Münster haben, seniorenpolitisch, familienpolitisch, jugendpolitisch mit all dem, was dazugehört, dass wir das auch in seinem Inhalt und in seiner Bedeutung auch nach wie vor erkennen, auch in der Beziehung und auch in der Relation zu der Frage, um die es jetzt geht.

Wir haben jetzt eine Beteiligungsfrage, eine Aktivierungsfrage zu klären. Wir haben aber nicht den Stein der Weisen einer guten Seniorenpolitik in der Sache neu zu erfinden. Daran liegt mir, damit nicht der Eindruck entsteht, wir hätten hier eine sozialpolitische Wüste in der Stadt und es gelte jetzt quasi Ex ovo Seniorenpolitik neu zu erfinden.

Es geht darum, meine Damen und Herren, dass wir erkennen, eine Seniorenvertretung, wenn sie denn kommt, ist ein Instrument, sie ist kein Medikament. Sie ist nicht dazu geeignet, als Tranquilizer so zu tun, als wäre sie in der Lage, sachliche Defizite in der Stadtentwicklung Münsters zu überdecken, nur weil wir ein schönes Beteiligungsverfahren haben. Das geht nicht. Deswegen müssen wir, wenn wir über die Seniorenvertretungsfrage reden, diese Seniorenvertretungsfrage, sagen wir mal, nicht als Gesinnungsfrage definieren, sondern als Verantwortungsfrage und da geht es um das Thema einer arbeitsteiligen Zusammenarbeit des Rates und der Bürgergruppen in dieser Stadt über das hinaus, was wir jetzt haben. Und ich bin ganz sicher, dass wir mit dem Rat in seiner großen Weisheit zu einer guten Entscheidung kommen und dass wir dann Anfang des Jahres auch eine Entscheidungsgrundlage darüber haben, wie es in Münster weitergeht. Ich habe jedenfalls den Eindruck, dass wir heute im besten Sinne den Spruch bewahrheitet haben, der da heißt: Wenn man aus dem Rathaus kommt, ist man schlauer. Ich jedenfalls bin heute Abend schlauer, wenn ich gleich nach Hause gehe, als heute morgen, als ich ins Rathaus hinein gekommen bin.

Herzlichen Dank, ich wünsche ihnen einen schönen Nachhauseweg und bleiben Sie uns gewogen.
(Beifall)